



## Niederschrift der 30. Ratssitzung

---

**Ort, Raum:** Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526  
Sangerhausen

**Datum:** 10.11.2022

**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Ende:** 20:08 Uhr

Anwesenheit:

### Oberbürgermeister

Herr Sven Strauß

### Fraktionsmitglied CDU

Herr Thomas Klaube	ab 16:14 Uhr anwesend
Herr Volker Schachtel	
Herr Holger Scholz	bis 19:53 Uhr anwesend
Herr Andreas Skrypek	
Frau Regina Stahlhacke	ab 17:54 Uhr anwesend
Herr Frank Wedekind	bis 19:46 Uhr anwesend
Herr Reinhard Windolph	

### Fraktionsmitglied BOS/FDP/BV

Herr Harald Oster	ab 16:19 Uhr anwesend
Frau Monika Rauhut	
Herr Tim Schultze	
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	
Herr Torsten Wagner	

### Fraktionsmitglied DIE LINKE.

Herr Holger Hüttel	
Herr Klaus Kotzur	
Frau Sabine Künzel	bis 19:41 Uhr anwesend
Frau Karoline Spröte	ab 16:22 Uhr anwesend

### Fraktionsmitglied B.I.S.

Frau Käthe Milus

Herr Klaus Peche

Herr André Reick

ab 17:54 Uhr anwesend

Frau Silke Seifert

ab 16:07 Uhr anwesend

### **Fraktionsmitglied SPD/DIE GRÜNEN**

Herr Norbert Jung

Herr Arndt Kemesies

ab 18:42 Uhr anwesend

Herr Eberhard Nothmann

von 16:09 Uhr bis 18:00 Uhr anwesend

Herr Helmut Schmidt

### **Fraktionsmitglied AfD**

Herr Andreas Gehlmann

Herr Martin Thunert

Herr Andreas Wunderlich

### **sachkundige Einwohner/-innen**

Herr Peter Dietrich

Herr Alexander Dobert

Frau Ulrike Lange

Herr Axel Sell

Herr Andreas Sonntag

Herr Dieter Sperber

Herr Günther Wagner

### **Ortsbürgermeister/in**

Herr Daniel Maertens

### **Fachbereichsleiter**

Frau Maria Diebes

Herr Udo Michael

Herr Jens Schuster

### **Fachdienstleiter**

Herr Mario Bößenroth

Frau Janine Wunder

### **Referentin**

Frau Annette Brenneiser

### **Protokollführer/-in**

Frau Silke Schimmel

Frau Madeleine Schneegaß

Abwesend:

**Fraktionsmitglied CDU**

Herr Frank Schmiedl entschuldigt

**Fraktionsmitglied BOS/FDP/BV**

Herr Karsten Pille entschuldigt

**Fraktionsmitglied DIE LINKE.**

Herr Toni Künzel entschuldigt

**Fraktionsmitglied B.I.S.**

Herr Harald Koch entschuldigt

**Fraktionsmitglied SPD/DIE GRÜNEN**

Frau Kati Völkel entschuldigt

**Fraktionsmitglied AfD**

Herr Nico Siefke entschuldigt

**Tagesordnung gemäß Einladung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der 29. Ratssitzung vom 22.09.2022
4. Wahl der Schiedspersonen
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung
  - 7.1. Verlegung eines Stolpersteines für Frau Frieda Löwe als Betroffene von NS-Gewalt in der Göpenstraße 31 Sangerhausen
  - 7.2. Mitgliedschaft der Stadt Sangerhausen im Verein „LEADER Aktionsgruppe Mansfeld-Südharz e.V.“
  - 7.3. Auswertung zu den Folgen der Gebührenfreiheit gemäß Sondernutzungssatzung für Gastronomie und Warenauslagen
  - 7.4. 3. Änderung zur Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Sangerhausen (Feuerwehrsatzung)

- 7.5. Risikoanalyse und Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans der Stadt Sangerhausen
- 7.6. 1. Satzung zur Änderung der Neufassung der Satzung der Stadt Sangerhausen über die Benutzung der Friedhöfe (Friedhofsbenutzungssatzung)
- 7.7. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen (Friedhofsgebührensatzung)
- 7.8. Straßenreinigungssatzung
- 7.9. Straßenreinigungsgebührensatzung
- 7.10. 2. Lesung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2023
- 7.11. 2. Lesung und Beschlussfassung der 16. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025
- 7.12. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 47.700,00 € für Mehraufwendungen im Sachkonto 52510000 - Haltung von Fahrzeugen
- 7.13. Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 96.800,00 € für Bauleistungen einer Trinkwasserleitung im Europa-Rosarium
- 7.14. Beschluss über die Bestätigung des Jahresabschlusses der Stadt Sangerhausen zum 31.12.2018 und die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2018
- 8. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung
- 8.1. Beteiligungsbericht 2022 über das Geschäftsjahr 2021 der kommunalen Unternehmen
- 11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

## Protokolltext:

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, eröffnete die 30. Stadtratssitzung und begrüßte die Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger, Gäste und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

**Ladefrist:** Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten. Die Einladung sowie die Verhandlungsgegenstände wurden ordnungsgemäß versendet.

**Beschlussfähigkeit:** Der Stadtrat ist beschlussfähig. 20 Ratsmitglieder sind anwesend.

**Öffentlichkeit:** Alle TOP 1. bis 8.1 und TOP 11. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 9 bis 10 werden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

## **TOP 2      Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

**TOP 7.4** 3. Änderung zur Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Sangerhausen (Feuerwehrsatzung) wird als 1. Lesung behandelt und von der Tagesordnung **abgesetzt**.

*Herr Hüttel* bittet um einen weiteren Tagesordnungspunkt (TOP 7.15). Gem. § 9 Abs. 2 h der Geschäftsordnung bestehe die Möglichkeit, über Beschlüsse aus den beschließenden Ausschüssen zu informieren. Es gab im gestrigen Hauptausschuss eine Vorlage, aus seiner Sicht entgegen dem Beschluss des Stadtrates, worüber in einem einzelnen Punkt zu diskutieren sei und daher bittet er dies aufzunehmen.

*Herr Strauß* sagt, Herr Hüttel meine den Punkt in nicht öffentlicher Sitzung. Hier habe er keine Einwände, nur im nicht öffentlichen Teil unter TOP 9.2.

*Herr Hüttel* erklärt, dass er es bewusst in den öffentlichen Teil einbringen wolle, weil man gestern entschieden habe. D. h. es sei keine Vergabe mehr, sondern eine öffentliche Sache und müsse daher nicht in den nicht öffentlichen Teil.

*Herr Skrypek* erläutert, dass man sich in einem Verwaltungsrechtsverfahren befinde.

*Herr Hüttel* sagt, auch wenn man sich in einem Verwaltungsrechtsverfahren befinde, habe man gestern eine Entscheidung getroffen. Es habe auch eine Entscheidung gegeben keinen Widerspruch einzulegen. Dies wurde dem Gegenüber auch mitgeteilt. Es sei ein ganz normaler Vorgang, welcher im Haushalt stehe. Er sehe keinen Sinn darin, dies in den nicht öffentlichen Teil zu schieben.

*Herr Strauß* ergänzt, die Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil sei nicht zulässig gem. der Geschäftsordnung für den Stadtrat. Es handele sich um eine Vergabe und man befinde sich in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren, sodass aus seiner Sicht kein Raum dafür sei, einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt für den öffentlichen Teil der Sitzung aufzunehmen.

*Herr Skrypek* fragt Herrn Hüttel, ob er bei seinem Antrag bleibe. Es gebe das Angebot, es im nicht öffentlichen Teil als Informationsvorlage zu erörtern.

*Herr Hüttel* sei einverstanden, es im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

*Herr Skrypek* sagt, die Verwaltung übernehme den zusätzlichen TOP 9.2. Eine Informationsvorlage zu dem Vorgang aus dem gestrigen Hauptausschuss, welcher vergabetechnisch entschieden worden sei.

### **Abstimmung über die Tagesordnung**

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Die geänderte Tagesordnung wurde mehrheitlich angenommen.

### **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der 29. Ratssitzung vom 22.09.2022**

Die Niederschrift wurde am 04.11. 2022 versandt bzw. im Ratsinformationssystem veröffentlicht.

#### **Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen = 20  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Die Niederschrift der 29. Ratssitzung vom 22.09.2022 wurde einstimmig bestätigt.

*Frau Seifert kommt zur Sitzung 16:07 Uhr = 21 Anwesende*

### **TOP 4 Wahl der Schiedspersonen**

*Herr Thunert verlässt den Raum 16:08 Uhr = 20 Anwesende*

#### **Bildung eines Wahlausschusses**

*Herr Skrypek:*

*"Die Verwaltung schlägt Ihnen vor, den Wahlausschuss durch die Verwaltung zu besetzen. Wenn niemand dagegenspricht, erfolgt die Wahl unter der Leitung von Herrn Schuster. Weitere Mitglieder sind Frau Brenneiser und Frau Worbs."*

Abstimmung:

Ja-Stimmen = 20  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

*Damit ist die Besetzung des Wahlausschusses bestätigt.*

*Herr Nothmann kommt zur Sitzung 16:09 Uhr = 21 Anwesende*

*Herr Skrypek bittet Herrn Schuster zur Durchführung der Wahl.*

*Herr Schuster weist darauf hin, dass nach § 56 Abs. 3 KVG LSA gewählt wird (geheim, mit Stimmzetteln). Die Schiedspersonen werden für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt. Sie bedürfen nach der Wahl im Stadtrat noch der Bestätigung der Direktorin des Amtsgerichtes. Man habe die Schiedspersonen in der Form einer Ausschreibung im Amtsblatt beworben. Es waren zunächst 6 Bewerber, welche sich für dieses Amt beworben hatten. Doch leider haben bis zur Ratssitzung 4 Kandidaten ihre Bewerbung zurückgezogen. 2 Bewerber stehen nun noch zur Wahl. Gemäß § 56 Abs.4 S.1 KVG LSA ist die Person gewählt, die im 1. Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erhalten hat.*

*Herr Thunert kommt zurück zur Sitzung 16:11 Uhr = 22 Anwesende*

#### **persönliche Vorstellung der Bewerber**

1. Herr Ronald Unger
2. Frau Angelika Theil => Habe sich aus Krankheitsgründen heute abgemeldet. Sie stehe aber für das Amt zur Verfügung und würde für den Fall ihrer Wahl, diese auch annehmen.

## 1. WAHLGANG

*Herr Schuster* gibt das Ergebnis der Auszählung bekannt.

Herr Ronald Unger                      14 Stimmen

Frau Angelika Theil                      8 Stimmen

Herr Ronald Unger wurde somit im 1. Wahlgang gewählt.

Auf Nachfrage des Wahlleiters, Herrn Schuster, bestätigt Herr Unger, dass er die Wahl annehmen werde. Das Ergebnis werde der Direktorin des Amtsgerichtes gemeldet, die die entsprechende Verpflichtung vornehmen werde.

*Herr Schuster* sagt, dass nun die Wahl eines Vertreters erfolge. Hier bleibe Frau Theil als Vertreterin übrig. Man könne von dem Grundsatz der geheimen Wahl abweichen. Gem. § 56 Abs. 3 KVG LSA gibt es die Möglichkeit offen zu wählen, wenn kein Mitglied dem widerspreche. Er fragt den Stadtrat, ob jemand etwas dagegen habe.

Herr Schuster stellt fest, dass dies nicht der Fall sei. Er bittet nun um Wahl von Frau Angelika Theil als stellvertretende Schiedsperson durch Abgabe des grünen Stimmkärtchens.

*Herr Klaube kommt zur Sitzung 16:14 Uhr = 23 Anwesende*

Abstimmung:

Ja-Stimmen	=	23
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltung	=	0

*Herr Schuster* stellt fest, dass Frau Angelika Theil einstimmig als stellvertretende Schiedsperson gewählt worden sei.

*Herr Schuster* beendet die Wahl.

*Herr Skrypek* gratuliert den gewählten Kandidaten im Namen des Stadtrates recht herzlich.

### TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters

*Der Bericht wurde vor der Sitzung verteilt bzw. veröffentlicht.*

*Herr Oster kommt zur Sitzung 16:19 Uhr = 24 Anwesende*  
*Frau Spröte kommt zur Sitzung 16:22 Uhr = 25 Anwesende*

### TOP 6 Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

*Herr Schmidt* spricht die Freie Sekundarschule Riestedt an. Sie bestehe seit August 2020 und habe aktuell eine 5., 6. und 7. Klasse. Die Schule habe den Antrag auf eine Vorfinanzierung gestellt. Dies sei durch das Land erlaubt. Die Begründung sei bekannt. Die Energiekrise, Stromkosten, Gas und Corona mache um die Riestedter Schule keinen Bogen. Sie benötigten Schulmaterialien, Schulmöbel usw. und dazu sei diese Voranfrage gestellt worden. Das Geld liege zur Abholung bereit. Es fehle an dem Einvernehmen des Landrates. Er frage sich, wenn der Fachbereichsleiter beim Landkreis behaupte, sie würden aktiv die Situation in Allstedt verschlimmern, was vor 3 Jahren gewesen sei, wo der Antrag auf eine freie Sekun-

darschule gestellt worden sei. Hier hätte man damals reagieren müssen und dagegen intervenieren. Nun behauptete man, sie gefährden Allstedt. Diese Finanzierung habe damit gar nichts zu tun. Es gehe nur um die Vorfinanzierung und um keine Gefährdung zu Allstedt. Eine Vorfinanzierung lehnen sie ab. Der Landrat habe vorgestern geäußert, dass er nicht zustimmen werde und den Beisatz gesagt: „Nächstes Jahr sei sowieso das 3. Jahr um.“ Dies habe ihn sehr getroffen. Auch ein Landrat habe ein Amts-Eid geschworen, jedem zu helfen. Dies vermisse er hier. Er appelliere an die Stadträte, welche auch im Kreistag sitzen, hier die Freie Sekundarschule Riestedt zu unterstützen.

*Herr Jung* bedankt sich bei der Verwaltung auf die Reaktion im Amtsblatt. Hier war der Aufruf enthalten, am ADFC Fahrradklima-Test 2022 teilzunehmen. Es fehlen aktuell noch ein paar Stimmen und er bittet darum, es weiter publik zu machen. Man finde es auf der Internetseite des ADFC.

*Herr Peche* bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Schmidt. Er fragt, ob es dem Stadtrat nicht gutstehe, hier eine Willensbekundung abzugeben. Die Schule sei in einem Ortsteil von Sangerhausen. Die Schule sei nicht zum Selbstzweck da, sondern sie habe sich so entwickelt, dass der Einzugskreis größer sei und Kinder sehr gern auf diese Schule gehen. Man habe eine freie Schulwahl in dieser Richtung und wenn sie dahin gehen möchten, sollten sie es auch machen. Wenn man sich das Absurdem vorstelle, nächstes Jahr seien auf jeden Fall die 3 Jahre vorbei, dann komme vom Land das Geld. Man gebe an die Kinder nur etwas weiter, was auch wirklich da sei, damit die Bedingungen besser werden. Er appelliere dafür, in der Pause mit den Fraktionsvorsitzenden gemeinsam zu überlegen, ob man eine Willensbekundung abgebe, welche Herr Schmidt im Kreistag vortrage.

## **TOP 7      Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

### **TOP 7.1      Verlegung eines Stolpersteines für Frau Frieda Löwe als Betroffene von NS-Gewalt in der Göpenstraße 31 Sangerhausen Vorlage: BV/470/2022**

*Begründung: Herr Strauß*

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen stimmt der Verlegung eines Stolpersteines zum Gedenken an die von nationalsozialistischer Verfolgung betroffene Frau Frieda Löwe auf dem Gehweg vor dem Gebäude in der Göpenstraße 31 durch den Kreis-Kinder- und Jugendring Mansfeld-Südharz zu.*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	22
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	3

**Beschluss- Nr.: 1-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-30/22** registriert.

**TOP 7.2      Mitgliedschaft der Stadt Sangerhausen im Verein  
„LEADER Aktionsgruppe Mansfeld-Südharz e.V.“  
Vorlage: BV/489/2022**

*Begründung: Herr Strauß*

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss gibt die Empfehlung mit 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen.

**Beschlusstext:**

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Mitgliedschaft im Verein „LEADER Aktionsgruppe Mansfeld-Südharz e.V.“ zu beantragen und die aktive Teilnahme an den Mitgliederversammlungen sicherzustellen.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

**Beschluss-Nr.: 2-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-30/22** registriert.

**TOP 7.3      Auswertung zu den Folgen der Gebührenfreiheit gemäß  
Sondernutzungssatzung für Gastronomie und Warenauslagen  
Vorlage: BV/479/2022**

*Begründung: Herr Michael*

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss gibt die Empfehlung mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen.

**Beschlusstext:**

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt trotz Auswertung der Auswirkungen der Gebührenfreiheit gemäß der 2. Änderung der Sondernutzungssatzung zum 01.01.2019 die Entscheidung über die zukünftige Gebührenpflicht sowie -höhe aufgrund der aktuell vorherrschenden Lage um ein weiteres Jahr zu verschieben.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat zur ersten Ratssitzung nach der Sommerpause 2023 eine entsprechende Auswertung inklusive Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 25  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

**Beschluss-Nr.: 3-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-30/22** registriert

**TOP 7.4 3. Änderung zur Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Sangerhausen (Feuerwehrsatzung)  
Vorlage: BV/477/2022**

⇒ 1. Lesung

**TOP 7.5 Risikoanalyse und Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans der Stadt Sangerhausen  
Vorlage: BV/475/2022**

*Begründung: Herr Michael*

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

**Die Ortschaftsräte stimmten mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.**

**11 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.** (Gonna, Grillenberg, Großleinungen, Lengefeld, Morungen, Obersdorf, Oberröblingen, Riestedt, Rotha, Wettelrode, Wippa)

**1 Ortschaftsrat lehnte die Vorlage ab.** (Wolfsberg)

**1 Ortschaftsrat enthielt sich der Abstimmung.** (Breitenbach)

**1 Ortschaftsrat hat nicht abgestimmt. Vorschlag 1. Lesung** (Horla)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

*Herr Klaube* spricht ein Lob an die Verwaltung aus. Das Risiko in der Stadt Sangerhausen wurde gut analysiert. Er habe jeder Fraktion, dem Oberbürgermeister, dem Ratsvorsitzendem und der Verwaltung Unterlagen ausgeteilt. Hier sei eine Karte enthalten und 3 verschiedene Kreise. Jedem im Stadtrat sollte bewusstwerden, worüber er am Ende entscheidet. Die Feuerwehr müsse nach Alarmierung in 12 Minuten mit der entsprechenden Technik vor Ort sein. Dies sei ein Kleinlöschfahrzeug wie es in Riestedt, Morungen und Lengefeld

stehe. Im Dorfbereich könne man 40 km/h fahren, außerorts 60 km/h (Erfahrungen der Landesfeuerwehrschule). Er habe auf den Stadtplänen die Punkte der Feuerwehren aufgezeichnet. 5 km Kreise, 6 km Kreise und bewusst einen 9 km Kreis. Weiterhin sei als Anlage beigefügt, wie die Feuerwehren derzeit aufgestellt seien. 3 Feuerwehren seien nicht zu finden – Oberröblingen, Sangerhausen und Wippra. Diese seien sehr gut aufgestellt und bringen immer eine Löschgruppe. In den anderen Feuerwehren führe man die Löschgruppen zusammen, sodass 3 oder 4 Feuerwehren zusammenfahren. Aber es gelinge nicht mehr, dass immer 9 Kameraden anwesend seien. Er habe sich gestern mit Vertretern von Südharz, Goldene Aue und Allstedt getroffen und um Hilfe gebeten, aber es sei nicht möglich. In Hain oder in Drebsdorf seien tagsüber auch keine Kameraden anwesend. Gerade in Morungen, Großleinungen, Lengefeld und in Wettelrode gelinge es ihnen nicht, dass man tagsüber 9 Kameraden zur Verfügung habe. Er mache einen Vorschlag, welcher Geld kosten werde, aber langfristig auch Geld sparen werde. Man müsse darüber nachdenken, das Gerätehaus der städtischen Feuerwehr, welche sehr viele Kräfte habe, zu verändern und zwischen Stadtbad und Bauhof mittelfristig ein neues Gerätehaus bauen. Hier seien dann auch Büroarbeitsplätze zu finden. Die dann mit dem 9 km Radius ausrücken können und es auch schaffen nach Morungen oder Großleinungen zu kommen und wir die Sicherheit für unsere Bürger dauerhaft gewährleisten können, mit mindestens 9 Kameraden.

2009 gab es eine Diplomarbeit von Robert Ziegenhahn, der über die demografische Entwicklung der Feuerwehr am Beispiel von Sangerhausen beschrieben habe. Er plädiert dafür, der Risikoanalyse zuzustimmen, mit der Veränderung, dass man sich innerhalb von einem Jahr nochmal intensiv damit beschäftige.

*Er verliest seinen Änderungsantrag:*

- 1. Der Stadtrat bestätigt die Risikoanalyse sowie die dritte Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Sangerhausen.*
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Beteiligung des Stadtrates, der Stadtwehrleitung, den Ortswehrleitungen und angemessener externer Unterstützung im Laufe des Jahres 2023 eine Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanung der Stadt Sangerhausen unter Berücksichtigung der örtlichen und tatsächlichen Belange in mittel- und langfristiger Sicht zu initiieren. Hierzu ist in geeigneter Weise eine Arbeitsgruppe zu gründen.*

*Herr Nothmann* sagt, die größte Katastrophe sei, dass der Wald immer mehr absterbe und man darauf warten könne, wann der nächste Waldbrand komme. Es habe schon Waldbrände gegeben, wo die Feuerwehren nicht hingekommen seien. Er könne dem Vorschlag von Herrn Klaube nur zustimmen. Es werde auch mit dem Wasser immer mehr Probleme geben. Man müsse versuchen, ein weitreichendes Konzept zu erarbeiten.

*Herr Skrypek* fragt den Vorsitzenden des Hauptausschusses, ob es nicht sinnvoller wäre, die Aufgabe dem Hauptausschuss zu übertragen.

*Herr von Dehn-Rotfelser* antwortet, dass er dem Vorschlag positiv entgegenstehe. Er würde aber sagen, dass es unter Führung des Hauptausschusses beraten werde und dann dem Stadtrat entsprechend vorgestellt werde.

*Herr Strauß* wisse nicht, was mit der Änderung des Beschlusstextes bewirkt werden soll. In der Vergangenheit war es nicht so, dass man eine Risikoanalyse aufgestellt habe und dann 4 Jahre nichts weiter getan habe. Natürlich sei sie fortzuschreiben, die Mängel und Gefährdungen, welche erkannt werden, müssen abgestellt werden. Bei aller Hochachtung vor der fachlichen Kompetenz des Stadtrates und des Hauptausschusses würde er im We-

sentlichen auf die Unterstützung der Stadtwehrleitung bauen wollen. Gegen eine Arbeitsgruppe habe er nichts einzuwenden, aber er glaube, dass es dafür nicht der Änderung des Beschlusstextes bedarf. Gern stelle er mit der Stadtwehrleitung eine Arbeitsgruppe auf, welche vor Ablauf von 4 Jahren die Ergebnisse aufzeigt, sofern es der Arbeitsgruppe gelingt solche zu finden, da sei er aufgeschlossen.

*Herr Nothmann* könne nur für den Forstbereich sprechen. Die Landwirtschaft habe aber dieselben Probleme, dass eventuell Brände auf den Feldern entstehen. Er habe nichts dagegen, wenn der Hauptausschuss dies übernimmt, nur sollten die Fachleute dazu befragt werden. Die untere Forstbehörde vom Landkreis sollte mit in der Arbeitsgruppe wirken.

*Herr Skrypek* gibt Herrn Nothmann recht und zieht seinen Antrag zurück. Dies sollten die Fachleute übernehmen und der Hauptausschuss werde von der Arbeitsgruppe informiert.

*Herr Windolph* meint, man sollte relativ zeitnah bestimmte Defizite, die man aus dem Bericht entnehmen konnte, abstellen. Dazu bedarf es der Fachleute. Es müsse der Druck des Stadtrates da sein, damit es in absehbarer Zeit passiere. Im gestrigen Hauptausschuss habe er dafür plädiert, nach der gemeinsamen Erarbeitung von Vorschlägen, in einem Jahr erneut darüber zu beraten. Er könne dem Vorschlag von Herrn Klaube nur zustimmen und eine Beauftragung an die Verwaltung und den Oberbürgermeister befürworten.

*Herr Hüttel* sagt, dass seine Fraktion es genauso sehe wie Herr Klaube. Natürlich werde man es nicht ohne Fachleute machen können. Es sollte in der Hoheit des Hauptausschusses liegen und dann festlegen, dass es eine Arbeitsgruppe gibt.

*Herr Skrypek* würde den Änderungsantrag wie folgt ergänzen, dass der Hauptausschuss nach Resultat der Arbeitsgruppe dementsprechend zu informieren sei. Er bittet Herrn Klaube, den 2. Teil des Änderungsantrages zu erläutern (Beteiligung des Stadtrates).

*Herr Klaube* erklärt, dass zumindest die Möglichkeit bestehe, dass Mitglieder des Stadtrates sich damit beschäftigen und teilnehmen können. Es müssten nicht alle Stadträte daran teilnehmen. Frau Rauhut z. B. habe Erfahrung in Wippa, Herr Schultze in Wettelrode oder Herr Schmidt in Riestedt. Man benötige diese regionalen Erfahrungen, weil sich nicht jeder auf dem gesamten Stadtgebiet auskennen kann. Er möchte heute keinen ausschließen. Die Arbeitsgruppe solle von Herrn von Dehn-Rotfelser als Vorsitzenden des Hauptausschusses geleitet werden.

*Herr Strauß* erläutert, wie sich die Arbeitsgruppe mit welchem Personenkreis aktuell zusammensetzt. Aus dem Oberbürgermeister, dieser delegiert es an die Verwaltung mit 2-3 Mitarbeitern. Aus dem Stadtrat mit 10-30 Personen, die Stadtwehrleitung mit 2 Kameraden, die 13 Ortswehrleitungen und angemessener externer Unterstützung aus Forst- und Landwirtschaft, feuertechnische Zentrale etc. Es werde eine Arbeitsgruppe von 40-50 Personen. Vielleicht sollte man noch einmal darüber nachdenken, es so zu organisieren, dass man auch zu einem Arbeitsergebnis komme. Es hat für ihn noch wenig den Anschein, dass es ausgewogen sei. Vielleicht könne man auf den Änderungsantrag verzichten und in Zusammenarbeit mit der Stadtwehrleitung eine vernünftige Arbeitsgruppe bilden, welche auch arbeiten könne.

*Herr Klaube* meint, die Ortswehrleitungen treffen sich seit diesem Jahr zu Gesprächen in Arbeitsgruppen. Diese sind die Löschgruppe Horla, die Löschgruppe Leinetal, die Löschgruppe Gonnatal und die Löschgruppe Riestedt. Man habe demnach 4 Löschgruppen, die sich auf das Stadtgebiet unterteilen. Mit diesen Löschgruppen in Verbindung mit einem Vertreter der Verwaltung und mit dem Hauptausschuss, welcher die Leitung übernehme, werde man relativ schnell innerhalb eines Jahres Ergebnisse liefern können.

*Herr Peche* meint, der Oberbürgermeister müsse Herrn Klaube dankbar sein, dass er sich so viele Gedanken mache, wie es mit der Feuerwehr in den Ortschaften und in der Stadt Sangerhausen weitergehe. Er fragt, warum dies schon wieder zerredet werde. So gründlich bekomme der Stadtrat selten einen Änderungsantrag vorgelegt. Dieser sei ganz klar. Man habe einen Geschäftsverteilungsplan, wo genau hervorgeht, dass der Hauptausschuss zuständig sei. Die Arbeitsgruppe werde aus je ein Mitglied jeder Fraktion gebildet. Benötige man externe Fachleute, werden diese zu den entsprechenden Arbeitsberatungen eingeladen. Es werde immer ein Arbeitsplan erstellt. Er hoffe, dass der Änderungsantrag eine breite Zustimmung bekomme.

*Herr Nothmann* sagt, man sei in der glücklichen Lage, dass der Stadtwehrlleiter auch Mitglied im Stadtrat sei. Er schlage vor, dass der Vorsitzende des Hauptausschusses und der Stadtwehrlleiter gemeinsam die Leitung übernehmen.

Herr Skrypek möchte den Änderungsantrag wie folgt ergänzen:  
*Hierzu ist in geeigneter Weise eine Arbeitsgruppe zu gründen, welche unter Leitung des Vorsitzenden des Hauptausschusses und des Stadtwehrlleiters zu führen ist.*

*Herr Strauß* sagt, dass er als Oberbürgermeister beauftragt werde, dies zu initiieren. Leiten und durchführen sollen es der Stadtwehrlleiter und der Vorsitzende des Hauptausschusses. Er schlägt vor, es gleich den beiden Personen zu übertragen, sonst müsse er den Vorsitzenden des Hauptausschusses dazu auffordern bzw. Anweisungen geben und dies liege ihm fern.

*Herr Skrypek* meint, wenn der Stadtrat es so festlegt, dass die Leitung der Vorsitzende des Hauptausschusses übernimmt, brauche der Oberbürgermeister keinen mehr beauftragen. Der Oberbürgermeister müsse dafür sorgen, dass die fachliche Unterstützung von seitens der Verwaltung dementsprechend zur Verfügung gestellt werde.

*Herr Skrypek* bittet nun um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Thomas Klaube:

- 1. Der Stadtrat bestätigt die Risikoanalyse sowie die dritte Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Sangerhausen.*
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Beteiligung des Stadtrates, der Stadtwehrlleitung, den Ortswehrlleitungen und angemessener externer Unterstützung im Laufe des Jahres 2023 eine Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanung der Stadt Sangerhausen unter Berücksichtigung der örtlichen und tatsächlichen Belange in mittel- und langfristiger Sicht zu initiieren. Hierzu ist in geeigneter Weise eine Arbeitsgruppe zu gründen, welche unter Leitung des Vorsitzenden des Hauptausschusses und des Stadtwehrlleiters zu führen ist.*

#### **Abstimmung über Änderungsantrag von Herrn Thomas Klaube**

Ja-Stimmen	=	24
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Somit ist der Änderungsantrag angenommen.

#### **Beschlusstext:**

- 1. Der Stadtrat bestätigt die Risikoanalyse sowie die dritte Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Sangerhausen.*
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Beteiligung des Stadtrates, der*

*Stadtwehrleitung, den Ortswehrleitungen und angemessener externer Unterstützung im Laufe des Jahres 2023 eine Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanung der Stadt Sangerhausen unter Berücksichtigung der örtlichen und tatsächlichen Belange in mittel- und langfristiger Sicht zu initiieren. Hierzu ist in geeigneter Weise eine Arbeitsgruppe zu gründen, welche unter Leitung des Vorsitzenden des Hauptausschusses und des Stadtwehrleiters zu führen ist.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 24  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 1

### **Beschluss-Nr.: 4-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-30/22** registriert

### **17:12 Uhr Beginn der Einwohnerfragestunde**

*Herr Sell* spricht die Straßenreinigungssatzung an. Die neue Satzung umfasst in der Hüttenstraße die Zeit von 7 Uhr bis 11 Uhr. Dies sei für die anliegenden Bürger eine Zumutung, welche eine Dauerparkgenehmigung haben. In der Vergangenheit war es von 9 Uhr bis 11 Uhr. Er fragt, wer die Fahrzeuge kontrolliert. Die Straßen stehen oft sehr voll, so dass die Bürger eigentlich für eine Nichtreinigung bezahlen. Weiterhin sagt er, solle die Kehrmaschine in dem angegebenen Zeitraum fahren und nicht später. In der Vergangenheit war auf den Schildern für die Straßenreinigung immer ausgeführt, in welchen Monaten diese erfolge. Es wäre gut, wenn es wieder aufgeführt werde und sich die Bürger darauf einstellen können.

Frau Diebes könne nicht vollumfänglich darauf antworten. Die Verwaltung nimmt es mit zum Prüfen und werden eine Antwort zukommen lassen.

*Herr Dobert* war in den letzten Tagen in den Ortschaften Horla, Rotha, Breitenbach und Wolfsberg unterwegs. Er sei mit vielen Einwohnerinnen und Einwohner ins Gespräch gekommen, die aufgrund ihres betagteren Alters, gern auf den öffentlichen Personen- und Nahverkehr zurückgreifen wollen. Es soll bald ein 49,00 EUR Ticket geben, mit dem der ÖPNV deutschlandweit nutzbar sei. Demnach auch in der Stadt Sangerhausen, mit dem Problem, das am Wochenende kein Bus nach Sangerhausen fährt. Es sei keine Buslinie vorgesehen. Man könne in der Woche ganz früh und dann noch einmal am Nachmittag fahren, aber sonst werde es schwierig. Er wisse, die Stadt Sangerhausen sei dafür nicht zuständig. Er fragt den Oberbürgermeister, ob er an den Landkreis, als Träger des ÖPNV, herantrete könne, doch eine Buslinie am Wochenende in den Harzdörfern vorzuhalten. Dies sei ein Zustand, mit dem man eigentlich nicht unsere Dörfer attraktiv macht.

*Herr Strauß* gibt Herrn Dobert recht, dass die Stadt Sangerhausen nicht dafür zuständig sei. Er sei Vorsitzender des ÖPNV-Beirates beim Landkreis Mansfeld-Südharz. Gerade bezüglich der von Herrn Dobert angesprochenen Busverbindung sei er auch seit längerem im Gespräch mit der VGS. Er hofft, dass es ihm gelinge, eine Verbesserung zu erreichen. Es sei jedoch nicht einfach zu lösen.

*Herr Windolph* sagt, dass an die CDU-Fraktion folgendes Problem herangetragen worden sei. In einer der letzten Stadtratssitzungen wurde nun entschieden, dass das Hochhaus nicht abgerissen werden soll, sondern es als stadtbildprägendes Objekt stehen bleiben soll. Sie hatten Anfragen von Bürgern, die im Hochhaus wohnen, dass sie sich nach einer neuen Wohnung umschauen sollen. Sie möchten bitte an der Stelle wissen, was los sei und was

beabsichtigt sei. Sie seien immer noch der Meinung, dass das Hochhaus ein stadtbildprägendes Objekt sei und sie Wert darauflegen, dass man es erhalten möge.

*Herr Strauß* fragt nach. Die Aussage der Bürger, die an sie herangetreten seien heißt also, dass der Vermieter, die städtische Wohnungsbau GmbH, auf sie zugegangen sei und sie aufgefordert habe, sich eine neue Wohnung zu suchen.

*Herr Windolph* antwortet, dass so seine Information sei. Direkt angesprochen wurde Herr Schweiger und Frau Stahlhacke.

*Herr Strauß* werde es klären.

**17:19 Uhr Ende der Einwohnerfragestunde**

**TOP 7.6 1. Satzung zur Änderung der Neufassung der Satzung der Stadt Sangerhausen über die Benutzung der Friedhöfe (Friedhofsbenutzungssatzung)  
Vorlage: BV/481/2022**

*Begründung: Herr Michael*

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

**Die Ortschaftsräte stimmten mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.**

**12 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.** (Gonna, Grillenberg, Großleinungen, Lengefeld, Morungen, Obersdorf, Oberröblingen, Riestedt, Rotha, Wettelrode, Wolfsberg, Wippra)  
**2 Ortschaftsräte lehnten die Vorlage ab.** (Breitenbach, Horla)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

**Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Neufassung der Satzung der Stadt Sangerhausen über die Benutzung der Friedhöfe (Friedhofsbenutzungssatzung).*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	21
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	3

**Beschluss-Nr.: 5-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-30/22** registriert.

**TOP 7.7 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen (Friedhofsgebührensatzung)  
Vorlage: BV/482/2022**

*Begründung: Herr Michael*

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung zu.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

**Die Ortschaftsräte stimmten mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.**

**9 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.** (Gonna, Grillenberg, Lengefeld, Oberröblingen, Riestedt, Rotha, Wettelrode, Wolfsberg, Wippra)

**5 Ortschaftsräte lehnten die Vorlage ab.** (Breitenbach, Horla, Großleinungen, Morungen, Obersdorf)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

*Herr Thunert* erklärt, dass Herr Michael im Bauausschuss einen etwas längeren Vortrag über das moderne Friedhofswesen gehalten habe. Eine seiner Kernaussagen war, dass das Nutzerverhalten der Menschen sich gravierend verändert habe. Die Menschen wollten heute alle unbedingt verbrannt werden, auf die grüne Wiese oder in den Friedwald. Nun muss er sagen, dass sein Nutzerverhalten sich überhaupt nicht verändert habe. Er habe eine Preisliste von der Stiftung Warentest vorliegen. Es stehen interessante Sachen drin wie z. B. ein Buchstabe auf dem Grabstein von 8 Euro bis 38 Euro oder bei den Särgen von 600 Euro bis 6.000 Euro. Seine Ehefrau und er wünschen sich ein Doppelerdwahlgrab. Dafür sei eine Gebühr von 3.117,- Euro fällig. Der Preis für den Steinmetz liege bei etwa 6.000 Euro, dazu 2 Säрге (Eiche hell) zu je 2.000 Euro (gesamt 4.000 EUR). Man sei jetzt schon bei 13.000,- Euro. Die Trauerfeier komme noch dazu. Jetzt komme ein Posten, mit dem er nicht einverstanden sei. Die neue Gebühr für die Trauerhallennutzung. Eine Gebühr von 270,- Euro auf 576,- Euro zu erhöhen sei unangemessen und dem werde er nicht zustimmen.

Zitat eines Bestatters: „1990 ist das letzte Mal ein bisschen Farbe in der Trauerhalle draufgekommen und für die halbe Stunde lohnt sich nicht mal die Fußbodenheizung anzustellen.“ Zitat Ende. Seine Kosten werden sich am Ende um ca. 18.000,- Euro belaufen und das sei natürlich der Grund, warum das Nutzerverhalten so ist wie es ist. Die Menschen seien heute nicht mehr bereit, 18.000 Euro, die sie im ganzen Leben nicht auf dem Konto hatten, nun ausgerechnet für den Tod zu bezahlen. Am Ende bleibt die Urne für alle, aber es sei nicht so, dass sich dies alle aus tiefstem Herzen wünschen würden, es ist einfach der Not geschuldet. Die aktuelle Gassituation bringe das nächste Problem. Der Vorsitzende des deutschen Verbandes der Krematorien habe einen Brandbrief an die Bundesregierung geschrieben. Die Branche hätte massive Probleme. Man würde mit den aktuellen Gasmengen und Preisen nicht mehr zurechtkommen. In Deutschland gebe es 160 Krematorien mit einem Verbrauch von 20 Millionen Kubikmeter Gas im Jahr. Zum Vergleich führt er an, dass man in Österreich und der Schweiz 10 bzw. 11 Krematorien habe. Man könne sagen, Deutschland sei ja auch viel größer und bevölkerungsreicher, das sei korrekt, aber prozentual komme das gleiche Ergebnis raus. In diesen Alpenländern werde bis zu 20 % verbrannt, in Deutschland sei man schon bei 70 % und im Land der Frühaufsteher gar schon über 80 %. Bei einer Gasmangellage, welche aktuell bestehe, müssen allein

in einem so kleinen Bundesland wie dem Saarland auf 1.000 Verbrennungen im Monat verzichtet werden. Das wiederum habe zur Folge, dass man nicht wisse, wohin mit den Leichen. Die Kühlhäuser seien so schon voll und man würde auf eine Situation wie damals in Bergamo zusteuern. So der Vorsitzende des deutschen Verbandes der Krematorien, Herr Uwe Kunzler. Er erwähne dies nur, nicht, dass man diese wunderschönen Urnenfamiliengräber an der Friedhofsmauer gar nicht bestücken könne. Bisher sehe es ganz so aus. Und wenn er den Oberbürgermeister richtig verstanden habe, will er diese sogar noch aufstocken. Er sei früher sehr gern über den Friedhof gegangen. Es war immer wie so eine kleine Zeitreise. Der Friedhof sei von seiner Struktur, von seiner Anlage und Bepflanzungen eigentlich sehr schön. Die Trauerhalle sei angemessen, die Toiletten sind relativ in Ordnung. Im Winter sogar beheizt und praktisch ein Geheimtipp für alle in der Innenstadt in Not geratenen. Die Gaststätte Friesenstadion sei gut für Trauerfeiern geeignet. Besonders haben ihn die älteren Gräber fasziniert, weil die noch am ehesten einem Friedhof gerecht werden. Denn man könne heute schon einmal nach dem Sinn eines Friedhofes fragen. Der Sinn sei doch nicht, mehrere Aschebehältnisse übereinander zu stapeln. Der Sinn sei aus seiner Sicht einem verstorbenen Menschen aus unserer Mitte, aus unserer Gemeinschaft, aus unserer Stadt oder Dorf ein würdiges und ehrendes Gedenken zu bewahren. Dies gehe nur mit einem ordentlichen Grab mit Grabstein (incl. Text und vielleicht Bild). Bei den älteren Gräbern war dies gegeben und man konnte vielschichtige Dinge aus den Gräbern lesen. In welcher Epoche habe der Verstorbene gelebt, welchen Beruf hatte er, denn jede Innung hatte ihr Markenzeichen. Die Konfession, wie groß war die Familie - alles konnte man auf den Gräbern lesen und natürlich auch wie arm oder reich. Gehe er heute über den Friedhof, sehe er diese tausenden Platten. Nach einem arbeitsreichen Leben, wo man 3 Kinder großgezogen habe und im Beruf immer seinen Mann gestanden hat, dann so eine Platte übrigbleibt, wo der Friedhofsgärtner mit seinem Rasentrimmer die Ecken weg säbelt. Bei allem Respekt, aber dies sei für ihn keine christliche Bestattungskultur. Er wundere sich auch, dass die Kirchen nichts dazu sagen oder sich zumindest positionieren. Allein im vergangenen Jahr seien 360.000 Menschen aus der katholischen Kirche ausgetreten. Dies hängt jedoch nicht nur mit den Missbrauchsskandalen zusammen. Die Menschen fühlen sich einfach nur noch ausgeplündert und vor allen Dingen nicht wertgeschätzt. Er hatte Besuch, welcher diese Platten sofort als Kriegsgräber einsortiert habe. Die tatsächlichen Kriegsgräber könne man gar nicht erkennen. Sie seien verwittert. Er würde sich wünschen, dass man zu einer normalen Beerdigungskultur zurückfinde. Wenn es denn schon so teuer sein muss, dann müsse man das Thema Vorsorge mehr in den Focus rücken und vielleicht auch medial untermauern. Weiterhin spricht er den Zugang zum Friedhof an. Diesen in eine begehbare Wegstrecke zu verwandeln einschließlich dieser leidlichen Brücke, dann wären viele Nutzer, die oft und gern ihre Gräber pflegen, sehr dankbar.

*Herr Strauß* glaubt, dass Herr Thunert es nicht richtig gelesen habe. Die Gebühr für die große Trauerhalle steige von 270 EUR auf 300 EUR. Dies sei weit unter den tatsächlich anfallenden Kosten. Das könne der Betrag sein, den Herr Thunert genannt habe. Man möchte es jedoch zu erträglichen Kosten anbieten, ansonsten gebe es die Alternative, dass auch zahlreiche Bestattungsunternehmen inzwischen eigene Feierräumlichkeiten vorhalten, welche man nutzen könne. Zurückweisen müsse er die Kritik, dass in den Trauerhallen schon ewig nichts mehr geschehen sei. Es wurden in diesem Jahr schon größere Investitionen begonnen und wer auch im Stadtrat mitzuhören weiß, dass die Fußgängerbrücke an der Gonna gebaut werde und auch, warum sie bisher nicht gebaut worden sei. Es waren erst umfangreiche Vorarbeiten, Genehmigungsplanungen usw. notwendig. Abschließend zum Sinn und Unsinn von Erd- und Feuerbestattungen, Friedwald, Grabsteinen usw. glaube er, dass dies eine höchstpersönliche Lebensentscheidung sei, die jeder für sich selber treffen müsse. Die-se Entscheidung sei zu akzeptieren, ob es aus religiösen oder pragmatischen Gründen getroffen werde. Man müsse für das Friedhofswesen Angebote vorhalten, welche die Leute nutzen wollen und sich dann entscheiden können. Man müsse die Kosten kalkulieren und zwar so, dass die Bestattungsformen, welche höhere Kosten verursachen, auch

mit höheren Kosten belegt werden und die die niedrigere Kosten verursachen, natürlich auch niedrigeren Kosten belegt werden. Dies sei der Kern einer Kalkulation.

*Herr Michael* bedankt sich bei Herr Thunert. Er unterhalte sich gern über das Thema Bestattungskultur und Friedhofskultur. Es sei deutschlandweit durchaus ein Problem, wie sollen Friedhöfe sich in den kommenden 30 Jahren entwickeln. Er spricht Herrn Thunert eine Einladung aus, um das Thema für die Stadt Sangerhausen in der Verwaltung oder in einem Ausschuss zu diskutieren.

*Herr Klaube* habe beobachtet, dass am Friedhof das Tor offenstand und ein Auto rein gefahren sei. Er fragt, ob dies erlaubt sei.

*Herr Michael* antwortet. Für das Befahren des Friedhofes benötige man ein Nutzungsrecht. Dies könne man sich für behinderte Menschen in der Verwaltung ausstellen lassen.

*Herr Skrypek* bittet darum, sich den westlichen Bereich des Friedhofes anzusehen, vor allem am Ende. Der Zaun sei nur zum Teil vorhanden. Wenn man vorn zuschließe, könne man hinten frei hinein gehen. Er bittet der Sicherheit nachzukommen. Der Bauhof habe Maschinen, Geräte und andere Materialien stehen.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Sangerhausen (Friedhofsgebührensatzung).*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	4
Stimmenenthaltungen	=	2

#### **Beschluss-Nr.: 6-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. -30/22** registriert.

#### **TOP 7.8 Straßenreinigungssatzung Vorlage: BV/370/2022**

*Begründung: Frau Diebes*

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

#### **Die Ortschaftsräte stimmten mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.**

**10 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.** (Breitenbach, Gonna, Grillenberg, Lengefeld, Oberröblingen, Morungen, Rotha, Wettelrode, Wolfsberg, Wippra)

**3 Ortschaftsräte lehnten die Vorlage ab.** (Horla, Großleinungen, Obersdorf)

**1 Ortschaftsrat hat nicht abgestimmt.** Vorschlag 3. Lesung (Riestedt).

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

*Frau Stahlhacke kommt zur Sitzung 17:54 Uhr = 26 Anwesende*  
*Herr Reick kommt zur Sitzung 17:54 Uhr = 27 Anwesende*

*Herr Peche* meint, man sei immer bestrebt, eine schöne Stadt zu haben. Er spricht die Post in Sangerhausen an. Schon seit vielen Jahren seien Bäume vorhanden, aber es mache dort keiner etwas. Alle Anlieger seien sehr verärgert. Der Wind weht und es werde alles auf die andere Straßenseite gelagert. Er fragt, wer dies kontrolliere und dagegen vorgehe. Sehr viele Menschen gehen daran vorbei, dies stehe der Stadt nicht gut zu buche.

*Herr Klaube* fragt nach der Hüttenstraße – Parallelstraße, wo diese sei.

*Herr Strauß* antwortet. Die Verwaltung nehme es mit und liefert die Antwort nach.

*Herr Schachtel* erklärt, dass man schnell dabei sei, wenn jemand in der Stadt falsch parke. Aber gerade Fußwege seien teilweise schon grün und zugewachsen. Hier müsse etwas geschehen. Das Ordnungsamt müsse Verwarnungen aussprechen, dass der Reinigung nachgekommen werden muss, ansonsten werde es kostenpflichtig gereinigt. Nur so bekomme man die Stadt sauber. Es sei in der letzten Zeit wenig gemacht worden. Gerade in der Altstadt, um die Ulrichkirche herum. Für Besucher, welches sich dieses historische Bauwerk anschauen, muss man sich schämen. Man habe es doch in der Hand und könne darauf Einfluss nehmen. Man müsse durchgreifen und Verwarnungen aussprechen.

*Herr Strauß* sehe es ähnlich. Bestehende Regelungen sollten durchgesetzt werden und das sei hier auch so. Es gebe relevante Verfahren und auch entsprechende Ordnungswidrigkeiten bzw. Bußgelder, welche erhoben werden können. Es setze eine Anhörung voraus. In aller Regel genüge dies und man komme seiner Reinigungspflicht nach. Im Gegensatz zum Straßenverkehr sei es natürlich nicht so präsent wie eine Politesse, die durch die Straße gehe oder man einen Zettel an der Windschutzscheibe kleben sieht. Natürlich komme die Stadt Sangerhausen dem nach, man habe aber nicht unendliche Kapazitäten dafür, das gesamte Gebiet selbst zu bestreifen. Die Stadt muss auf ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit appellieren. Es könne dafür auch gern der Mängelmelder genutzt werden, aber es sollte in einem gewissen Rahmen bleiben. Seine Anregung an alle sei, wenn es nicht ordentlich aussehe, einfach denjenigen ansprechen und Bescheid sagen. Bei der Kirche gelte keine Sonderregelung, aber hier werde man besonders vorsichtig damit umgehen und nachfragen.

*Frau Rauhut* fragt, ob sie als Ortsbürgermeisterin einen Zettel in den Briefkasten werfen könne, mit der Bitte sie möchten ihrer Reinigungspflicht nachkommen.

*Herr Strauß* sagt, er sehe rechtlich keine Probleme. Problematisch wäre es, wenn mit dem Briefkopf der Gemeinde Wippra eine Strafandrohung eingeworfen werde, dies gehe nicht. In Wippra wirke es auch von der Ortsbürgermeisterin viel mehr, als wenn aus Sangerhausen ein Brief komme.

#### **Beschlusstext:**

*Die Stadt Sangerhausen beschließt zum 01.01.2023 die beigefügte Satzung über die Straßenreinigung und den Winterdienst in der Stadt Sangerhausen einschließlich ihrer Ortsteile mit den Anlagen 1 und 2 (Straßenreinigungsverzeichnis).*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 25  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 2

**Beschluss-Nr.: 7-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-30/22** registriert.

**TOP 7.9 Straßenreinigungsgebührensatzung**  
**Vorlage: BV/423/2022**

*Begründung: Frau Diebes*

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

**Die Ortschaftsräte stimmten mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.**

**12 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.** (Breitenbach, Gonna, Grillenberg, Lengefeld, Oberröblingen, Morungen, Obersdorf, Rotha, Riestedt, Wettelrode, Wolfsberg, Wippra)  
**2 Ortschaftsräte lehnten die Vorlage ab.** (Horla, Großleinungen,)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

**Beschlusstext:**

*Der Stadtrat nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührennachkalkulation der Straßen-reinigungsgebühr für die Jahre 2019-2021 zur Kenntnis und beschließt die als Anlage 3 beigefügte vierjährige Gebührenvorkalkulation für die Jahre 2023-2026 sowie die entsprechende Anpassung der Straßenreinigungsgebührensatzung.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 26  
Nein-Stimmen = 1  
Stimmenenthaltungen = 0

**Beschluss-Nr.: 8-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-30/22** registriert.

***Pause von 18:00 Uhr bis 18:20 Uhr***

*Herr Nothmann verlässt die Sitzung 18:00 Uhr = 26 Anwesende*  
*Herr Kemesies kommt zur Sitzung 18:42 Uhr = 27 Anwesende*

**TOP 7.10 2. Lesung und Beschlussfassung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2023**  
**Vorlage: BV/483/2022**

*Begründung: Herr Schuster*

Detaillierte Erläuterungen zu den Haushaltsansätzen und der 16. Fortschreibung erfolgten zum einen in allen Ausschüssen in 1. und 2. Lesung und zum anderen auch in der Klausurtagung. Auch bekam man die Möglichkeit in den Fraktionssitzungen die Eckdaten noch einmal darzustellen. Die im Ergebnis daraus resultierenden Änderungswünsche wurden entsprechend in den Haushalt 2023 eingearbeitet.

Die notwendigen Austauschunterlagen stehen sowohl im Ratsinformationssystem zur Verfügung, wurden jedoch auch in Papierform verschickt.

Betroffen waren:

- Aufnahme der Marienkirche in den Haushalt, auch ohne Fördermittel
- Aufnahme Ratskeller Oberröblingen 2. Bauabschnitt
- Einstellung eines Zuschusses für Vereine, Stadtfeste u.a.
- Schaffung zusätzliche Stelle für die Wirtschaftsförderung

Zusammenfassend stellt sich das Ergebnis für den Haushalt 2023 einschließlich der 16. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes wie folgt dar:

1. Ergebnisplan = Überschuss von 7.200 €
2. Finanzplan = Defizit von 2.251.600 €
3. Freiwillige Aufgaben liegen bei 4,99%
4. Stellenmehrung lt. Stellenplan um 1,00 VbE
5. Verpflichtungsermächtigungen belaufen sich auf 40.665.000 €
6. Liquiditätskredit = Verringerung auf 17.500.000 €
7. Hebesätze = bleiben unverändert
8. Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit belaufen sich auf 13.699.000 €

Nur mit einem beschlossenen und genehmigten Haushalt einschließlich der 16. Fortschreibung des HKK hat die Verwaltung die Möglichkeit alle angemeldeten Mittel entsprechend zu verwenden. Auch können damit weitere Mittel aus dem Ausgleichsstock beantragt werden. Hinsichtlich der Mittel aus dem Ausgleichsstock noch einmal die positive Entwicklung:

2001 bis 2017 – Fehlbeträge von 30.776.900 €

- Bewilligungsbescheide liegen bis zum Jahr 2014 vor
- Der 10%ige Eigenanteil kann auf Grund der Überschüsse 2018 und 2019 erbracht werden.
- Derzeit sind von den rd. 30,8 Mio. € noch 5,9 Mio. € an Fehlbeträgen zu verzeichnen.
- Für Fehlbetrag 2015 wurde im September ein Antrag gestellt.
- Für den Fehlbetrag 2016 wird nach Beschlussfassung Jahresabschluss 2018 ein weiterer Antrag gestellt.
- Insgesamt geht es dabei um weitere rd. 4,2 Mio. €, welche den offenen Fehlbetrag von 5,9 Mio. € verringern würden.

Schenken Sie uns auch in diesem Jahr Ihr Vertrauen und geben Sie uns Ihre Zustimmung zum Haushalt 2023 und der 16. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Nur so könne man eine Handlungsfähigkeit zum 01.01.2023 - ohne Einschränkungen durch §104 KVG LSA erreichen.

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja Stimmen, 1 Nein Stimme und 1 Stimmenthaltung zu.

### **Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte mit 0 Ja Stimmen, 5 Nein Stimmen und 1 Stimmenthaltung ab.

### **Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 4 Ja Stimmen, 1 Nein Stimme und 3 Stimmenthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 4 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja Stimmen, 1 Nein Stimme und 0 Stimmenthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss war nicht beschlussfähig und sprach daher die Empfehlung aus mit 3 Ja Stimmen, 1 Nein Stimme und 1 Stimmenthaltung.

### **Die Ortschaftsräte stimmten mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.**

**11 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.** (Breitenbach, Gonna, Grillenberg, Lengefeld, Oberröblingen, Großleinungen, Obersdorf, Rotha, Wettelrode, Wolfsberg, Wippra)

**2 Ortschaftsräte lehnten die Vorlage ab.** (Horla, Morungen)

**1 Ortschaftsrat hat nicht abgestimmt.** Vorschlag 3. Lesung (Riestedt).

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

*Herr Windolph* bedankt sich bei der Verwaltung für die konstruktive Arbeit. Es liege ein ausgewogener Haushalt vor. Die Wünsche der Fraktionen wurden berücksichtigt.

*Herr Schmidt* erläutert, dass es seit 2009 die Vernässung in Riestedt gebe. 2014 wurde eine Firma beauftragt sich darum zu kümmern. Es seien bereits Fördermittel geflossen. Vor 3 Jahren habe man auf dem Kirchplatz ein Abflussrohr gewechselt. Seit dem sei keine Vernässung mehr vorhanden. Zum Brunnenschlößchen gebe es auch eine Vernässung. Das Wasser sei vorher durch den alten Bürgermeisterkanal abgeflossen und dieser wurde zerstört. Man habe dieses Wasser in den Mischwasserkanal eingebunden und dort laufe es nach wie vor. Aktuell sage der Wasserverband, dass das Fremdwasser entfernt werden müsse. Für das Brunnenschlößchen seien 280.000 EUR Fördermittel angedacht und für den Kirchplatz 300.000 EUR. Insgesamt 580.000 EUR Fördermittel. Auch dies seien Steuergelder. Deshalb wolle der Ortschaftsrat Riestedt endlich eine Klärung in dieser Angelegenheit haben. Die Vernässung auf dem Kirchplatz sei weg, da müsse man keine 300.000 EUR ausgeben. Der Ortschaftsrat stehe bereit für Gespräche.

*Herr Hüttel* sagt, George R. R. Martin, ein US-amerikanischer Schriftsteller, welcher die Bücher „Das Lied von Eis und Feuer“ schrieb, lief gerade als eine Prequelserie von „Game of Thrones“ unter dem Titel „House of the Dragon“. Es handelt von einem Herrscherhaus namens Targaryen, das in die fiktive Geschichte einging und den allmählichen Niedergang des Hauses einleitete. Die beiden verfeindete Linien des Herrscherhauses verlangten immer wieder, die Knie zu beugen und an diese Art des miteinander Umgehens musste er in der aktuellen Haushaltsdiskussion immer wieder denken. Heute mit der 2. Lesung des

Haushaltes für das kommende Jahr 2023. Und, um das Positive gleich vorwegzunehmen, im Gegensatz zu seiner Rede im letzten Jahr, habe man in diesem Jahr wieder einen Haushalt, der zu mindestens was die Kreisumlage betrifft, ein etwas ehrlicherer sei, als der letzte Haushalt. Leider endet jedoch seine positive Sicht auf den Haushalt für das kommende Jahr bereits mit dieser Aussage. Denn, wie im vergangenen Jahr erhielt man von der Verwaltung ein Haushaltsvorschlag, welcher die Probleme der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger mehr denn je nicht abbildet, sondern viele Fragen offenlasse. Denn warum und wie sei es zu erklären, dass der Überziehungskredit eben nicht auf das notwendige Maß, welches die Zahlen des vorgelegten Haushaltes darstellen, eingestellt, sprich reduziert werde. Eine Gefahr, die, wie im aktuellen Haushaltsjahr, zu möglichen außer- und überplanmäßigen Ausgaben in ungeahnten Ausmaßen durch die Verwaltung anregt. Die deutlich über 5 Millionen € aktuellen üpl. /apl. - Vorlagen in diesem Jahr sollten doch hier Mahnung genug sein. Einfacher wäre es doch, die möglichen Haushaltsplanzahlen (alles werde teurer) auch so zu planen. Denn wenn es billiger werde, umso besser. Aber hier beuge man das genannte Knie, um nach oben, d. h. zum Kreis und natürlich in erster Linie zum Land, Hacken anschlagend auf ein brav, brav zu warten. Denn mitnichten sei es der Fall, dass man als Stadt mit seinen 14 Ortschaften das erwirtschaftete, was man für die Erfüllung unserer Aufgaben, insbesondere für die notwendigen sogenannten freiwilligen Aufgaben, die eigentlich zum größten Teil pflichtige Aufgaben sein sollten und es nach unserer Überzeugung seien, notwendig wären, was sie als Linksfraktion immer wieder anmerken müssen und werden, benötigen. Und hier setze eine seiner Hauptargumente für die problematische

Situation des Haushaltes und deren damit verbundenen, für uns notwendigen Ausgaben-seite an. Die Ausgabenseite, was die freiwilligen Leistungen in diesem Haushalt betrifft, erhalte man von der Verwaltung mit der 1. Lesung eine Zahl von 4,94 % und mit der 2. Lesung eine Zahl von 4,99 %, welche bereits in den Haushalt eingearbeitet wären und seien. In diesen 0,05 % Unterschied zwischen 1. und 2. Lesung stehen 65 T€, 55 T€ für eine zusätzliche Stelle in der Verwaltung und billige 10 T€ zusätzlich für die Vereine. Hierzu kam im Finanzausschuss die richtige Bemerkung von Andreas Sonntag, sachkundiger Einwohner im Ausschuss, ob diese Zahl nicht doch lächerlich sei, gegenüber den vielen Vereinen in unserer großen Stadt, gegenüber ihren vielen aktuellen Problemen der vergangenen 2 Jahre und der nun folgenden Jahre - Stichwort Hyperinflation, Energiepreisentwicklung u. v. mehr.

Hier sollte und muss deutlich nachgebessert werden, um die Vereinsarbeit in der Stadt und den Ortsteilen am Leben zu erhalten. In den Haushaltsdiskussionen der letzten 2 Monate hatte er immer die panische Angst der Verwaltung gespürt, dass unsere Vereine die Stadt um Hilfe bitten könnten. Er frage sich, ob die Verwaltung und hier nehme er auch den Rat nicht ganz aus, wirklich begriffen, welchen gesellschaftlichen Mehrwert gerade unsere Vereine, vor allem jene mit Kinder- und Jugendarbeit, für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, in unserer Stadt leisten. Gerade dies sehe er in diesem Haushalt nicht. Er habe sich im letzten Rat für die Stadt geschämt, als der Oberbürgermeister nach den Anmerkungen des Geschäftsführers des Kreissportbundes ihm gedankt hatte, als er sich für die Vereine eingesetzt hatte, mit dem negativ besetzten Begriff Lobbyistenvertreter.

Auch die Position Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige, übrigens aus dem Jahr 2016 in Höhe von 3.500 € sei bei weitem nicht ausreichend, vor allem unter dem Aspekt, dass in der aktuellen Zeit und Gesellschaft, in der wir leben, diese Arbeit wichtiger denn je sei, da sich der „Staat“ fast überall zurückziehe.

Er komme nun zu der von der Verwaltung übernommenen Antrag der CDU-Fraktion. Eine deutliche Verbesserung der Arbeit der Wirtschaftsförderung der Stadt Sangerhausen durch die Schaffung einer zusätzlichen Stelle. Hier freue es ihn, dass die CDU-Fraktion endlich auch die Wichtigkeit einer Wirtschaftsförderung in einer Region, wie der Unseren erkannt habe und mehr Engagement aus der Verwaltung heraushaben möchte. Die Frage sei nur, welche Möglichkeiten man als Stadtrat habe, jene Stelle so zu positionieren, dass sie eben genau dies bewerkstelligen könne. Denn, wenn bisher diese Erkenntnis in unserer Verwal-

tung dagewesen wäre, warum hat sie dies die letzten Jahre nicht in den Haushalt eingestellt? Das bedeutet, ohne einen Erkenntnisgewinn der Verwaltung, diese Stelle auch wirklich für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt, und hier meine er nicht nur für das neue Industriegebiet (so wie es aktuell durch die Verwaltung kolportiert werde), sondern für die vielen kleinen Unternehmen in unserer Stadt, welche die Hauptsponsoren durch die entsprechenden Gewerbesteuerzahlungen seien. Eine solche Stelle wäre nur eine weitere bürokratische Verwaltungsstelle und nicht mehr. Dass er hier nicht ganz falsch liege, sehe man daran, dass der Hauptverwaltungsbeamte nach wie vor, den vom Wirtschaftsausschuss und von dem gesamten Rat geforderten Bericht, die geforderten Informationen zur Wirtschaftsförderung schuldig bleibt. Und ein 2. Aspekt wäre hier anzumerken. Nämlich jener, dass endlich in Land und Bund erkannt werden sollte und muss, dass Wirtschaftsförderung gerade in Regionen wie der unsrigen, keine freiwillige Aufgabe sein kann und darf, sondern eine Pflichtige. Zum Punkt Entnahmen aus den Gesellschaften SWG und SWS/Bärdergesellschaft: Wie in die letzten Jahre bereits immer wieder angesprochen, seien, die von der Verwaltung in den Haushalt eingeplanten Entnahmen aus unseren städtischen Gesellschaften. Obwohl der Rat und die Geschäftsführer der Gesellschaften immer wieder davor warnen, die eigenen kommunalen Unternehmen durch Herausnahme von Geldern in ihren notwendigen und auf dem heutigen Markt, mehr denn je erforderlichen Investitionen zu behindern, schlägt die Verwaltung immer wieder, dem Land gegenüber kniebeugend, die Entnahmen vor. Hier muss Gegenüber dem Land (sprich zur Zahlung von Hilfen) klargestellt werden, dass derartige Entnahmen kontraproduktiv für die Kommunen, in diesem Fall für die Stadt Sangerhausen und ihre eigentliche soziale Funktion als Stadt, sind. Daher sollten diese beiden Entnahmen in Höhe von zusammen 350.000 € entweder im Haushalt gestrichen oder zu mindestens ein Sperrvermerk bis zum Ende des Haushaltsjahres 2023 eingestellt werden. Auch hier muss erneut gesagt werden, man mache keinen Haushalt für den Landkreis oder für Sachsen-Anhalt, sondern für unsere Bürgerinnen und Bürger in Sangerhausen. Und alle die, die am Dienstag, 8.11.2022 auf der Veranstaltung in der Jakobikirche waren, haben die Beiträge von Herrn Wüstemann und Herrn Erdmenger mitbekommen, wie sich die Situation auf dem Energiesektor für unsere Bürgerinnen und Bürger und auch für unsere Gesellschaft darstellt. Er fragt, was dies für ein Zeichen sei, wenn man genau diesen Unternehmen mit diesen Entnahmen schwäche, auch wenn sie nur, wieder das Knie gegenüber dem Land beugend, im Haushalt stehen.

Er komme zum Thema Marienkirche und historisches Rathaus. Dass die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes eine mehr als undemokratische Entscheidung war und ist, indem man die kommunale Selbstverwaltung der Stadt Sangerhausen und damit des Rates zum wiederholten Male mit Füßen tritt, sei lang und breit diskutiert worden. Das Knie wurde wieder einmal zu schnell gebeugt. Und wie aus dem Nirwana, um die Gemüter, vor allem auch jenen des Vereins „Armer Kasten“ zu besänftigen, werden bereits bewilligte Mittel für den Ratsgarten, so wie es im Vorbericht zum Haushalt steht, aus dem Hut gezaubert. Er fragt, woher diese Mittel plötzlich kommen. Mit Klaus Peche habe er in den vergangenen Tagen, in den Dokumenten gesucht, wo nur allein unter dem Namen Ratsgarten als Haushaltsstelle jemals etwas gehört haben könnten, nichts gefunden, es wurde bisher nie erwähnt. Er hoffe nur, dass es nicht wie in den vergangenen fast 20 Jahren die übliche Beruhigungspille für den „Armen Kasten“ und unseren Stadtrat sei.

Zum Investitionshaushalt:

Dass dieser zu niedrig ist, können alle unterschreiben. Die vor 2 Jahren von der Verwaltung aufgestellte Liste des erheblichen Investitionsstaus in der Stadt Sangerhausen sei hinlänglich bekannt. Ihm sei auch klar, dass man diese riesige Summe als Kommune nicht allein stemmen könne und schon gar nicht in einem Haushaltsjahr. Und erst recht nicht in der aktuellen Situation, der wieder stark ansteigenden Zinsentwicklung. Jedoch muss es möglich sein, in einer solchen Ratssitzung zum Haushalt die Kritik zu äußern. Das man viele Dinge, oder zumindest einige in den Jahren zuvor, wo man keine Zinsen zahlen musste, hätten umsetzen können und müssen. Jedoch die schwarze 0 war uns lieber, sprich das gebeugte Knie! Günther Wagner hat in der letzten Fraktionssitzung DER LINKE. einen schönen

Satz geprägt: „Wir werden immer erst laut, wenn es zu spät ist und dann erfolgt nur noch der Abriss!“

Gerade ein solcher Satz sollte in jeder Ratssitzung Richtschnur unseres Handelns sein, damit irgendetwas passiert, bevor es unwiderruflich zu spät sei. Lasst uns endlich die verstaubten Ärmelschoner der Verwaltung, wie auch hier Teilen des Rates abstreifen. Lasst uns innovatives Denken, gerade in einer Zeit wie der heutigen Realität werden.

Herr Schedwill hat in der heutigen Ausgabe der Sangerhäuser Zeitung zu der Veranstaltung in der Jakobikirche am Dienstag, 8.11.2022 geschrieben: „... wollten die Protestler in der früheren Wendezeit eine bessere DDR, einte sie diesmal der Wunsch nach Frieden...“

Ein Jahr später gab es weder die DDR, noch eine bessere DDR. Je länger er über den Redebeitrag von Klaus Peche in der letzten Ratssitzung nachdenke und ihm in großen Teilen recht geben muss, in einer ähnlichen Situation. Man könne so weitermachen wie bisher und werde von der Straße oder der Geschichte weggefegt. Oder man könne erhobenen Hauptes, und nicht mit gebeugten Knien gegenüber höheren Institutionen vorangehen und die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und in unserer Stadt ernst nehmen als zuvor. Zum Konsolidierungskonzept braucht man sicherlich nichts mehr zu sagen. Man habe immer wieder im letzten Jahrzehnt als Rat gemeinsam festgestellt, dass man auskonsolidiert sei! Die Welt der Targaryen ging in dem Roman von George R.R. Martin unter, weil sie nicht in der Lage waren, auf gleicher Ebene und den jeweils anderen gleichberechtigt achtend, zu reden und zu handeln. Lasst uns einfach darüber einmal nachdenken und das nicht nur heute, sondern auch zukünftig.

*Herr Wagner* sagt, in dem Haushaltsplan sei auch ein Flächenerwerb mit geplant. Als Landwirt gehen bei ihm immer die Alarmglocken an, wenn von Flächenerwerb die Rede sei. Sie als Landwirte haben sich auch damals mit dem IPM schwergetan. Natürlich habe man gesagt, produzierendes Gewerbe muss her. Es schaffe ausreichend Wohlstand in der Region. Hier möchte er nicht falsch verstanden werden. Aber wenn Flächen entzogen werden, habe man damit ein Problem. In Deutschland werden täglich 80 ha zu betoniert. Man sei in Europa schon seit vielen Jahren nicht mehr in der Lage, sich selbst zu ernähren. Der Nettoimport von Nahrungsmitteln nehme weiterhin zu. Man nehme den ärmeren Regionen Nahrungsmittel weg, obwohl man eine stagnierende, eher sinkende Bevölkerung habe. All das mache ihn Sorgen. Er appelliere daher, wenn das Industriegebiet gebaut werde, den geplanten Flächenentzug auf das nötigste Maß zu halten. Dies betreffe vor allem die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Hier möchte er auf die Initiativen der Stiftung Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt verweisen. Dies sei eine Stiftung, die im Wesentlichen von Bauern getragen werde. Sie begleitet Investitionen in Strukturmaßnahmen, aber auch in Industriegebieten wie z. B. in Magdeburg die Ansiedlung von INTEL. Dort werden die Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen auf das geringst mögliche Maß reduziert. Die Stiftung arbeite mit den Naturschutzverbänden, Behörden und Landwirten zusammen. Es werden Projekte erarbeitet. Hier werden aktive Dinge gemeinsam mit den Landwirten geplant, wo auch landwirtschaftliche Fläche weiterhin in Nutzung bleiben und gleichzeitig auch für Hamster etwas getan werde. Er bittet darum, wenn die Planungen anstehen, doch die Stiftung Kulturlandschaft mit einfließen zu lassen, damit ein möglicher Flächenentzug auf das Geringste eingehalten werden könne.

*Herr Strauß* habe volles Verständnis für die Situation. Er möchte Herrn Wagner zwei Sachen versichern. Zum einen nehme die Verwaltung die Anregung mit der Stiftung Kulturlandschaften auf. Dies sei ein sehr wertvoller Hinweis. Ansonsten werde man den Flächenentzug so gering wie möglich halten. U. a. habe man vor, die Erschließung in verschiedene Bauabschnitte zu planen. Man wolle keine Vorraterserschließung von der gesamten Fläche machen und alles zu betonieren, sondern tatsächlich erst, wenn die ersten Ansiedlungen erfolgten, seien dann die weiteren Bauabschnitte zu erschließen. Dies komme dem Ziel des möglichst geringen Flächenverbrauchs entgegen. Man könne hier nur miteinander reden, um das bestmögliche Ziel zu erreichen.

*Herr Peche* möchte sich bei der Verwaltung bedanken, besonders bei Frau Wunder und Herrn Schuster. Hier hat sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt, auch wenn man nicht immer einer Meinung sei.

Man sieht es an den Zahlen des Ausgleichsstockes, wo man hingekommen sei. Man hatte einen Schuldenberg von fast 60 Mio. EUR und wo sei man jetzt. Es gebe immer etwas zu kritisieren, doch dies sollte lobend anerkannt werden. Man sei auf einem richtigen Weg. Er könne sich zurückerinnern, wo sie das erste Mal bei Steuererhöhungen zugestimmt haben. Dies war für seine B.I.S.-Fraktion fast eine Zerreißprobe. Sie waren nicht glücklich gewesen zum Anfang, auch als sie zugestimmt haben, waren sie nicht glücklich, aber er glaubt, es war der richtige Weg gewesen. Er hoffe, dass man diesen weiter gehen könne. Positiv möchte er erwähnen, wenn aus dem Ausgleichsstock das nächste Geld komme, man fast auf die 0 zugehe. Er spricht die Veranstaltung am Dienstag, 8.11.2022 in der Jakobikirche an. Man habe dafür geworben, was auch wirklich ernst gemeint war und nicht nur des Selbstwillens wegen gesagt, dass man die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr dazu bewegen wolle, mitzuarbeiten bei den Ratsarbeiten, in den Ausschüssen, aber auch in den Vereinen, die immer mehr gebeutelt werden.

Er habe große Sorge bei dem Thema Kreisumlage. Neben dem Stellenplan sei die Position Kreisumlage mit die höchste Ausgabe. Das Geld hatte man bereits auf dem Konto. Bei den jetzigen Einsparungen und wie man gewirtschaftet habe, was hätte die Stadt und der Stadtrat für einen Stand, für eine Möglichkeit etwas anderes zu gestalten. Die B.I.S.-Fraktion verstehe es überhaupt nicht, dass ein Land, und hier stimme er Herrn Hüttel zu, ein Gesetz auf den Weg bringe, wo man eine Heilung durchführt. Rückwirkende Versäumnisse, die ein anderer gemacht habe, heilt. Das Wort Heilung alleine findet er schon schrecklich. Viel schlimmer finde er die Ohnmacht, dass seine Fraktion erfahren musste, dass die Verwaltung nichts Positives dazu sagen könne. Man sei immer noch bei dem Stand, dass man nicht wisse, wann es in unserer Richtung geheilt werde, ob das Gerichtsurteil bestehen bleibt und ob es sich gelohnt hat zu kämpfen, so viel Geld auszugeben. Dies könne man keinen Bürger / Bürgerin in irgendeiner Form erklären und dazu beitragen, dass der ein oder andere vielleicht bereit sei, in demokratischen Parteien oder Gruppierungen mitzuarbeiten. Es wäre schön, wenn man gemeinsam eine Erklärung mache, um einen gewissen Druck zu erzeugen, dass die Verhandlung vor dem Gericht früher stattfinde. Die Stellungnahme des Landrates vom Landkreis Mansfeld-Südharz zu den Kreisumlagen und zu den Klagen empfindet er als Populismus. Zu sagen, dass man eine Schule wie die Heinrich-Heine-Schule hätte sanieren können, wenn man es nicht gemacht hätte. Das sei für diejenigen, die sich dafür wirklich eingesetzt haben, wie ein Schlag ins Gesicht. Es sei ganz wichtig, dass man auch in den nächsten Wochen und Monaten, nachdem man den Haushalt heute beschliesse, so werde es aus seiner Fraktion kommen, an diesen Sachverhalt der Kreisumlage noch ganz intensiv weiterarbeite und ein Druck auf die Gerichte ausübe, dass endlich eine Entscheidung getroffen werde.

*Herr Strauß* bezieht sich auf das Thema Kreisumlage. Er könne alles unterstreichen, was Herr Peche eben gesagt hat. Er sei aber der Meinung, es habe sich bereits jetzt aus zwei Aspekten gelohnt zu kämpfen. Nicht nur die unerheblichen Zinsen, welche sie erhalten haben und behalten durften, sondern man hatte, als man Klage eingereicht habe, bezüglich der Kreisumlage, einen Hebesatz von 48 %. Jetzt habe man einen relativ konstanten Hebesatz von 42,9 %. Die Rede sei von Millionenbeträgen, die dem Kreis fehlen und die Gemeinden mehr zur Verfügung haben. Es reiche aber für die Stadt Sangerhausen unterm Strich nicht aus. Er sei davon überzeugt, und genau das war auch der Klagegrund, wenn die Stadt Sangerhausen und die anderen Gemeinden nicht die Klagen eingereicht hätten, die sich darauf bezogen, dass der Kreis einseitig seine Interessen verfolge und unsere Interessen vollkommen außer Acht lässt, wäre es zu dieser Senkung von 48 % auf 42,9 % nie gekommen. Wahrscheinlich hätte man jetzt schon 51 % oder 52 % Kreisumlage. Diese Klage habe sich dahingehend schon gelohnt, dass der Kreis seine Herangehensweise deutlich überdacht und das Verfahren deutlich geändert habe. Es bringe aber gleichzeitig mit sich, dass auch

der Klagegrund für die Zukunft mehr oder weniger entfallen sei. Diese neue Herangehensweise sei das, was man eingefordert hatte.

*Herr Peche* könne diese Aussage nachvollziehen. Aber wenn man sich vorstelle 189 EUR habe man 2006 pro Einwohner an Kreisumlage gezahlt, jetzt bezahle man 462 EUR pro Einwohner. Das heiße ja nicht, dass man die Zuschüsse dementsprechend um das 2,5fache höher bekommen habe. Die Hausaufgaben wurden von der Stadt in Größenordnung gemacht. Deswegen mahnen und fordern sie, dass noch mehr darüber nachgedacht werde, auch von den Kreistagsabgeordneten. In der gleichen Zeit habe man nur das 1,5fache an Zuschüssen mehr bekommen. Dies sei eine Größenordnung in Zahlen, die gewaltig sei. Heute wurden Gebühren erhöht. Es gehe immer zulasten unserer Bürgerinnen und Bürger. Man suche nach Möglichkeiten, um Einnahmen zu bekommen, aber das sei eine Sackgasse, man könne dies nicht ewig tun. Es müsse zu einem Umdenken kommen und die Ausstattung der Kommunen müsse bedeutend besser werden.

*Herr Kemesies* möchte seinen Dank an die Verwaltung aussprechen, dass der Haushalt mit so viel Engagement und auch genehmigungsfähig gestaltet worden sei. Weitestgehend wurden alle Hinweise, Änderungen und Kritiken aus den Ausschüssen und der Klausurberatung im Haushalt berücksichtigt. Darüber sei er persönlich sehr erfreut. Er habe sehr für den Ratskeller in Oberröblingen gesprochen und deswegen sein ausdrücklicher Dank, auch vom Ortschaftsrat Oberröblingen, dass hier von der Verwaltung und vom Oberbürgermeister noch eine Möglichkeit gefunden wurde, den 2. Bauabschnitt des Ratskellers in Oberröblingen anzugehen. Auch wenn die Fördermittel abgelehnt worden seien für das kommende Jahr, hoffe er, dass so schnell wie möglich der neue Antrag nachgeschoben werde. Sie werden als Fraktion SPD / DIE GRÜNEN dem Haushalt mehrheitlich zustimmen. Mehrheitlich deswegen, weil er es jeden freigestellt habe, hier die Entscheidung zu treffen. Sie waren der Meinung, dass jeder für sich aus seinem Blickwinkel es betrachten und seine Zustimmung geben solle.

*Frau Stahlhacke* möchte auf den Bericht von Herrn Hüttel bezüglich der Wirtschaftsförderung eingehen. Sie möchte Werbung für den Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus machen, welcher oft nicht beschlussfähig sei. Sie bedanke sich bei Frau Wagner, welche immer eine sehr gute Auskunft gebe, über alle Aktionen, die in der Wirtschaftsförderung gemacht werden.

Herr Hüttel trägt die Änderungsanträge der Fraktion B.I.S. und Fraktion DIE LINKE. vor.

### **1. Antrag**

**Sie beantragen in den Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2023 einen zusätzlichen Zuschuss an Soziokultur Sangerhausen e.V. für die Betreuung der „OASE“ Kornmarkt 3, 06526 Sangerhausen in Höhe von 5.000 EUR einzustellen. Dieser Betrag ist monatlichen Raten von 416 € zu zahlen.**

*Begründung:*

*Soziokultur Sangerhausen e.V. betreibt seit vielen Jahren das interkulturelle Begegnungszentrum OASE in Sangerhausen. Das Begegnungszentrum hat sich seit Gründung 2014 als wichtiger Bestandteil der Integrationsarbeit im Landkreis Mansfeld-Südharz etabliert und unterstützt vor allem in der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Sangerhausen. Diese Arbeit wurde bereits mehrfach öffentlich (u.a. durch das Land Sachsen-Anhalt) gewürdigt und erfährt durchgehend regen Zuspruch von "Betroffenen" und auch Unterstützern. Hier zum Beispiel auch durch den Verein mad House. Für den Fortbestand des Begegnungszentrums ist aufgrund der Beendigung der Zusammenarbeit mit Nangadef e.V. ab dem Jahr 2023 durch diesen Verein mit einer Finanzierungslücke der Betriebskosten inkl. Strom-, Wärmeversorgung sowie Versicherung mit einer Finanzierungslücke von ca. 5.553 Euro zu rechnen. Der Verein Soziokultur Sangerhausen e.V. bittet daher um finanzielle Unterstützung durch die Stadt Sangerhausen im Rahmen einer Budgetvereinbarung in Höhe*

von jährlich 5.000 Euro. Diese Mittel dienen ausschließlich zur Absicherung von Fördermitteln für das Begegnungszentrum, soweit eine Absicherung der Eigenmittel bzw. der Betriebskosten (inkl. anfallender Nebenkosten) nicht möglich ist. Bis zum jeweiligen Jahresende nicht verwendete bzw. abgerufene Mittel können im städtischen Haushalt verbleiben und anderweitig verwendet werden. Eine solche Budgetvereinbarung soll den Verein in die Lage versetzen keine jährliche Neuverhandlung und somit langwierigen Verwaltungsprozesse zu durchlaufen und den Betrieb und somit den Verein selbst zu gefährden. Wir sichern zu, dass jede Möglichkeit genutzt wird die Inanspruchnahme des Budgets durch anderweitige Mittel so gering wie möglich zu halten. Mit dieser Budgetvereinbarung zeigt die Stadt Sangerhausen eine Bereitschaft der zur Förderung der Integrationsarbeit, nicht zuletzt als Chance zur Bekämpfung des demografischen Wandels und auch Sicherung der regionalen Wirtschaft durch die Gewinnung von Arbeitskräftepotential, sondern auch zur Offenheit der Gesellschaft sowie zur Förderung der Vielfalt und Demokratie in der Stadt Sangerhausen - sie unterstützt die Willkommenskultur, welche viele Menschen in der Stadt bereits seit Jahren ehrenamtlich unter Beweis stellen. Soziokultur Sangerhausen e.V. wird die Stadt Sangerhausen durch folgende Angebote die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund weiterhin unterstützen:

**1. Familien- und Bildungspaten:**

- Begleitung bei Behörden-/Miet-/Versorgungsangelegenheiten
- Unterstützung bei Eingliederung der Kinder/Jugendlichen in KiTa und Schule
- Vermittlung von Freizeitangeboten für Kinder/Jugendliche

**2. Niedrigschwellige Integrationsangebote:**

- MiA-Kurse für Frauen mit Migrationshintergrund
- praxisbezogene Sprachkenntnisvermittlung für Männer und nicht berechnigte Personen für MiA-Kurse

**3. Begegnungsangebote:**

- offene und niederschwellige Begegnung der Kulturen im Rahmen der Öffnungszeiten des Begegnungszentrums

Ausdrücklich möchten wir auch darauf hinweisen, dass die Angebote des Vereins und somit auch des Begegnungszentrums allen Menschen zur Verfügung stehen. Eine Übersicht der bisherigen Aktivitäten des Vereins und Begegnungszentrums liegen der Stadt Sangerhausen vor. Weiterhin können Informationen der Homepage [www.sangerhausen-bleibt-bunt.de](http://www.sangerhausen-bleibt-bunt.de) entnommen werden. Wir danken dem Stadtrat und der Stadt Sangerhausen ausdrücklich für Ihre Unterstützung.

Sie bitten dies zusätzlich in den Haushalt aufzunehmen und nicht über diese 10.000 EUR, die man im Haushalt drin habe, laufen zu lassen, weil sie als Verein auch planen müssen. Er bittet hier um Zustimmung, damit der Verein erhalten bleibe und die Arbeit, ohne Schließung, durchgeführt werden könne.

**2. Antrag**

**Die Fraktionen DIE LINKE. und B.I.S. beantragen einen Sperrvermerk zur Entnahme aus der Sangerhäuser Wohnungsgesellschaft (SWG) für das Haushaltsjahr 2023. Der Sperrvermerk kann nur durch den Stadtrat und nach erneuter Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft aufgehoben werden.**

***Begründung:***

*Die in den Ausschüssen befragten Geschäftsführer haben die Situation der städtischen Gesellschaften erläutert. Durch die aktuellen Jahresabschlüsse und die notwendigen Investitionen ist eine Entnahme in 2023 gegenwärtig nicht zu rechtfertigen.*

**3. Antrag**

**Die Fraktionen B.I.S. und DIE LINKE. beantragen einen Sperrvermerk zur**

## **Entnahme aus der Kommunalen Bädergesellschaft (KBS) für das Haushaltsjahr 2023.**

**Der Sperrvermerk kann nur durch den Stadtrat und nach erneuter Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft aufgehoben werden.**

### *Begründung:*

*Die in den Ausschüssen befragten Geschäftsführer haben die Situation der städtischen Gesellschaften erläutert. Durch die aktuellen Jahresabschlüsse und die notwendigen Investitionen ist eine Entnahme in 2023 gegenwärtig nicht zu rechtfertigen.*

*Herr Skrypek* fragt den Stadtrat, ob es bezüglich des ersten Antrages Stellungnahmen gibt.

*Herr Schmidt* bittet darum, ihn richtig zu verstehen. Riestedt habe 14 Vereine und diese Vereine finanzieren sich selbst bzw. über Beiträge und Sponsoren. Der größte Verein sei der SV Alemania Riestedt e. V. und hier besonders die Abteilung Tischtennis. Diese seien in der Regionalliga der Frauen, d. h. sie sind viel auf Reisen bis nach Bayern, Dresden, teilweise mit Übernachtung. Dies alles zahlen sie selbst. Sie haben zurzeit große Bedenken aufgrund der Situation, die man jetzt habe, dass Sponsoren wegbrechen. Passiere dies, können sie sich nicht mehr finanzieren. Dazu übernehmen sie viel Arbeit auf dem Sportgelände, in der Sporthalle und im Sportlerheim. Es vergehe kein Jahr, wo hierfür 15.000 EUR ausgegeben werden. Dazu kommen noch die freiwilligen Leistungen, die die Sportlerinnen und Sportler erbringen. Diese in Geld umzurechnen, könne man nicht machen. Deswegen könne er diesem Antrag nicht zustimmen.

*Herr Strauß* sagt, der Antrag wurde weder seinen Kollegen noch ihm selbst vorgelegt. Dies sei sehr schade. Er würde sich eine andere Form der Zusammenarbeit wünschen. Der Antrag hat bei ihm ein paar Fragen aufgeworfen. Auf der Website des Vereins seien noch weitere Geldgeber aufgeführt z.B. der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Hier würde ihn interessieren, warum diese zukünftig kein Geld mehr zahlen. Aber vielleicht sei auch hier die Wirtschaftskrise angekommen. Weiterhin werde von Budgetvereinbarungen geschrieben. Man könnte glauben, nur das, was wirklich gebraucht werde, soll auch abfließen. Andererseits wolle man eine monatliche Zahlung von einem festen Betrag. Das sei aus seiner Auffassung heraus ein bisschen widersprüchlich in sich für so eine Budgetvereinbarung. Er möchte an die Ausführungen von Herrn Schmidt anknüpfen. Z. B. unterstütze man hin und wieder den Verein SV Alemania Riestedt e. V. über das Maß hinaus, was man ohnehin schon vereinbart habe (Hallennutzung etc.). Dies sei immer dann der Fall, wenn ein konkretes Projekt vorliege und mit unglaublich viel Eigenleistung und Engagement etwas gemacht werde und dann fehle es z. B. an Baumaterial, Sachmittel etc. Dies sei nur ein Beispiel für ganz viele Vereine im Stadtgebiet und in den 14 Ortschaften. Sein Vorschlag wäre, und das wurde auch seiner Meinung nach während der Klausur besprochen, dass im Übrigen genauso wie in diesem Jahr der Verein durchaus, wenn er eine Leistung für die Allgemeinheit erbringt oder wenn er unverschuldet in eine besondere Notlage gerät z.B. durch eine Betriebskostennachzahlung oder ähnliches, die Stadt in dem konkreten Fall einspringe und helfe. Deshalb auch diese 10.000 EUR, welche man im Haushalt eingestellt habe. Es sei kein Hilfsfonds für die „OASE“. Dies sei ein Fond für die Vereine, welche man in der Stadt Sangerhausen habe. Die „OASE“ habe in diesem Jahr 2.0000 EUR von der Stadt Sangerhausen erhalten, weil sie konkrete Leistungen erbracht habe. Viele ukrainische Flüchtlinge, wo die Eltern der Kinder Unterstützung brauchten in Form eines Dolmetschers. Die „OASE“ konnte helfen und die Stadt konnte die Aufwendungen erstatten. Dieses Geld haben sie in diesem Jahr bekommen. Sei wieder so eine Leistung erforderlich und eine Gegenleistung sei erbracht, könne die Stadt gern einspringen. Er glaube, so wie es bei der Klausur besprochen wurde, sei der richtige Weg.

*Herr Skrypek* spricht ebenfalls die Klausurtagung an. Es wurde dieses Thema besprochen. Man möchte gern eine Richtlinie für die Förderung von Vereinen, die sozial tätig seien. Nur nach dieser Richtlinie sollte dann auch dementsprechend Geld ausgezahlt werden, wenn Geld im Haushalt zur Verfügung gestellt wurde. Er möchte auf keinen Fall damit die Arbeit der „OASE“ nieder reden. Aber er habe was dagegen, wenn man jedes Mal in der Haushaltsdiskussion über die „OASE“ rede. Er fragt, warum man es nicht fertigbekomme, dementsprechend eine Richtlinie aufzustellen, wo klar definiert sei, unter welchen Bedingungen Gelder gezahlt werden können.

*Herr Kemesies* sehe den Antrag ebenfalls problematisch. Man habe sehr viele Vereine in Sangerhausen. Alle Vereine der gesamten Stadt Sangerhausen leisten eine gute integrative Arbeit. Sei es im Fußball, im Anglerverein oder im Kegelerverein. Man versuche, als Verein irgendwie es alleine zu händeln. Gerade etwas in die Schiefelage, habe man bis jetzt immer einen Antrag auf zusätzliche Unterstützung gestellt. Dafür seien auch die 10.000 EUR gedacht. Die Zeit werde zeigen, ob es ausreiche. Werde es nicht ausreichen, gebe es Möglichkeiten, um dieses Budget zu erhöhen. Er werde dem Antrag nicht zustimmen.

*Herr Hüttel* verstehe die Diskussion nicht. Er weiß nicht, ob wirklich begriffen worden sei, in was für einer Situation man zurzeit lebe. Er sehe die panische Angst der Verwaltung und leider auch Teile des Rates, dass die Vereine plötzlich kommen könnten und um Hilfe bitten. Man müsse als Verein genauso wie die Verwaltung planen. Im letzten Jahr der Haushaltsdiskussion wurde gesagt, es rechtzeitig in den Haushalt einzubringen. Jetzt werde es eingebracht, sei aber nicht möglich. Das ärgere ihn. Es wissen alle, wie groß die „OASE“ sei und was für Kosten entstehen (Energiekosten usw.). Sie wollten darum bitten, dass sie Hilfe bekommen. Er habe kein Verständnis dafür, dass es so zerredet werde.

*Herr Peche* meint, auch die Fraktion B.I.S. sei Einbringer dieses Antrages. Man habe so viele Vereine und diese 10.000 EUR seien nicht das Allheilmittel, in keine Richtung. Er fragt, warum sollte man nicht den Weg gehen, wenn die „OASE“ etwas benötigt, wie jeder andere Verein, kann diese Anträge stellen. Deswegen würde er den Weg mitgehen. Sie bitten aber zu bedenken, dass jeder Verein kommen könne. Sie im Stadtrat sollten darüber sprechen, wie die 10.000 EUR verteilt werden. Er findet es fast schon zu schade, dass es eingestellt wurde. Es werde darüber Diskussionen geben, wo man nicht weiterwisse, wie man damit umgehe. Daran sehe man, dass man viel zu wenig habe.

*Herr Skrypek* möchte ergänzen, dass er sich eine Richtlinie wünsche, damit auch die Vereine klar wissen, unter welchen Bedingungen ein Verein einen Antrag stellen kann.

*Herr Schmidt* merkt an, dass der Landrat dabei sei, die Nutzungsgebühren in den Kreishallen beträchtlich zu erhöhen. Er fragt, wie denn der Stadtrat dastehe, wenn man heute 5.000 EUR für einen Verein beschließe. Dies könne er nicht verstehen.

*Frau Künzel* möchte etwas richtigstellen. Der Oberbürgermeister hatte angesprochen, dass der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE. auch die „OASE“ unterstütze. Die Abgeordneten dieser Fraktion stimmten keiner Diätenerhöhung zu, sondern haben aus den Diätenerhöhungen, die mehrheitlich beschlossen worden seien, einen Fonds gebildet, der durch einen Verein vergeben werde. Es können verschiedene Vereine die Anträge stellen u. a. haben sie in Sangerhausen den Bergmannsverein und den Anglerverein unterstützt. Jeder Verein habe die Möglichkeit, einen Antrag zu stellen und eine Unterstützung zu erfahren.

*Herr Strauß* erklärt, dass er es kenne. Seine Frage ergab sich daraus, dass auf der Website der „OASE“ stehe, dass eben dieser Verein unterstützt werde. Aber auf der Aufstellung im Antrag sei auf der Einnahmenseite dies nicht aufgeführt. Deshalb konnte es sein,

dass es entweder vergessen wurde oder der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE. die „OASE“ nicht mehr unterstützt, was er natürlich bedauerlich finden würde.

*Frau Künzel* antwortet. Es waren bestimmte Projekte, welche unterstützt worden seien. Hier war es ein Theaterprojekt im letzten Jahr.

*Herr Strauß* fragt, ob es so ähnlich sei, wie es die Stadt Sangerhausen auch machen wolle, für ein bestimmtes Projekt.

*Frau Künzel* bejaht.

*Herr Strauß* möchte es für die Zeitung kurz klarstellen. Es gehe um eine Art Härtefonds. Es gebe in Sangerhausen den Verein mad House e. V. mit zwei großen Einrichtungen. Hier werden ca. 100.000 EUR im Jahr ausgegeben, insbesondere für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen, Benachteiligten und natürlich auch zur Integration. Die „OASE“ komme als Verein dazu. Man habe, wenn man über Sportvereine rede, z. B. den VfB Sangerhausen. Dieser bekomme das Geld (ca. 170.000 EUR) nicht um Sport machen zu können, sondern um das Friesenstadion zu unterhalten. Er benennt diese zwei Beträge, welche im Haushalt stehen, dass nicht in der Zeitung stehe, Sangerhausen unterstützt mit 10.000 EUR die Vereine. Das wäre falsch. Es sei deutlich mehr, was die Stadt Sangerhausen jetzt schon für Vereine leistet.

*Herr Hüttel* erklärt, dass der Antrag eine Art institutionelle Forderung war. Da man hier keine Mehrheit finden werde, was er persönlich traurig finde für die Stadt Sangerhausen, ziehen sie den 1. Antrag zurück. Die 10.000 EUR seien lächerlich für die Stadt Sangerhausen. Es gehe um gesellschaftliche Arbeit und die müsse mehr von uns wertgeschätzt werden als man es aktuell mache.

*Herr Skrypek* bittet nun um Abstimmung über die Anträge.

#### **Anträge zum Haushalt (HHSt 57.32.01.00 Anteile an Unternehmen):**

##### **1. Antrag**

**Die Fraktionen DIE LINKE. und B.I.S. beantragen einen Sperrvermerk zur Entnahme aus der Sangerhäuser Wohnungsgesellschaft (SWG) für das Haushaltsjahr 2023. Der Sperrvermerk kann nur durch den Stadtrat und nach erneuter Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft aufgehoben werden.**

##### *Begründung:*

*Die in den Ausschüssen befragten Geschäftsführer haben die Situation der städtischen Gesellschaften erläutert. Durch die aktuellen Jahresabschlüsse und die notwendigen Investitionen ist eine Entnahme in 2023 gegenwärtig nicht zu rechtfertigen.*

##### **Abstimmung 1. Antrag**

Ja-Stimmen =	19
Nein-Stimmen =	1
Stimmenthaltungen =	7

Damit sei der **Antrag angenommen**.

##### **2. Antrag**

**Die Fraktionen B.I.S. und DIE LINKE. beantragen einen Sperrvermerk zur**

## **Entnahme aus der Kommunalen Bädergesellschaft (KBS) für das Haushaltsjahr 2023.**

**Der Sperrvermerk kann nur durch den Stadtrat und nach erneuter Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft aufgehoben werden.**

### *Begründung:*

*Die in den Ausschüssen befragten Geschäftsführer haben die Situation der städtischen Gesellschaften erläutert. Durch die aktuellen Jahresabschlüsse und die notwendigen Investitionen ist eine Entnahme in 2023 gegenwärtig nicht zu rechtfertigen.*

### **Abstimmung 2. Antrag**

Ja-Stimmen =	22
Nein-Stimmen =	2
Stimmenthaltungen =	3

Damit sei der **Antrag angenommen**.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat beschließt nach öffentlicher Beratung die Haushaltssatzung für das Jahr 2023 wie folgt:*

#### *1. Haushaltssatzung der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2023*

*Gemäß § 100 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBL LSA S. 288) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.03.2021 (GVBl. S. 100) hat der Stadtrat der Stadt Sangerhausen in der Sitzung am 10.11.2022 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen.*

#### **§ 1**

*Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird*

#### *1. im Ergebnisplan mit dem*

<i>a) Gesamtbetrag der Erträge auf</i>	<i>54.811.800 Euro</i>
<i>b) Gesamtbetrag der Aufwendungen auf</i>	<i>54.804.600 Euro</i>

#### *2. im Finanzplan mit dem*

<i>a) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	<i>51.104.700 Euro</i>
<i>b) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf</i>	<i>50.841.200 Euro</i>
<i>c) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf</i>	<i>12.047.800 Euro</i>
<i>d) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf</i>	<i>13.699.000 Euro</i>
<i>e) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf</i>	<i>8.500.000 Euro</i>
<i>f) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf</i>	<i>9.363.900 Euro</i>

festgesetzt.

#### § 2

Eine Kreditermächtigung wird nicht veranschlagt.

#### § 3

Der Gesamtbetrag für Verpflichtungsermächtigungen wird auf 40.665.000 Euro festgesetzt.

#### § 4

Der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird auf 17.500.000 Euro festgesetzt.

#### § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

##### 1. Grundsteuer

1.1 für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A) auf 400 v. H.

1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 433 v. H.

2. Gewerbesteuer auf 400 v. H.

#### § 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 105 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sind erheblich, wenn sie im Einzelfall folgende Wertgrenzen übersteigen:

a) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen beschließt der Stadtrat nur, wenn sie den Betrag von 25.000 Euro übersteigen.

b) Der Hauptausschuss beschließt über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, wenn sie den Wert von 10.000 Euro übersteigen bis zu einem Wert von 25.000 Euro.

c) Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bis 10.000 Euro wird auf den Oberbürgermeister übertragen.

Sangerhausen, den

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	20
Nein-Stimmen	=	2
Stimmenenthaltungen	=	5

**Beschluss-Nr.: 9-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-30/22** registriert.

**TOP 7.11 2. Lesung und Beschlussfassung der 16. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025**  
**Vorlage: BV/484/2022**

*Begründung: Herr Schuster*

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja Stimmen, 2 Nein Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

**Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss lehnte mit 0 Ja Stimmen, 4 Nein Stimmen und 2 Stimmenthaltungen ab.

**Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 5 Ja Stimmen, 2 Nein Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 4 Ja Stimmen, 1 Nein Stimme und 1 Stimmenthaltung zu.

**Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja Stimmen, 1 Nein Stimme und 0 Stimmenthaltung zu.

**Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss war nicht beschlussfähig und sprach daher die Empfehlung aus mit 3 Ja Stimmen, 2 Nein Stimmen und 0 Stimmenthaltung.

**Die Ortschaftsräte stimmten mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.**

**10 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu.** (Breitenbach, Gonna, Grillenberg, Lengefeld, Oberröblingen, Großeinungen, Obersdorf, Rotha, Wettelrode, Wippra)

**2 Ortschaftsräte lehnten die Vorlage ab.** (Horla, Morungen)

**1 Ortschaftsrat enthielt sich der Abstimmung.** (Wolfsberg)

**1 Ortschaftsrat hat nicht abgestimmt.** Vorschlag 3. Lesung (Riestedt)

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt.

**Beschlusstext:**

*Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte 16. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2025.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 19

Nein-Stimmen = 4

Stimmenenthaltungen = 4

**Beschluss-Nr.: 10-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 10-30/22** registriert.

**TOP 7.12 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 47.700,00 € für Mehraufwendungen im Sachkonto 52510000 - Haltung von Fahrzeugen  
Vorlage: BV/487/2022**

*Begründung: Herr Michael*

*Herr Schmidt verlässt den Raum 19:32 Uhr = 26 Anwesende  
Herr Kotzur verlässt den Raum 19:32 Uhr = 25 Anwesende*

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 8 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 7 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

**Beschlusstext:**

*Der Stadtrat stimmt den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 47.700,00 € für Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2022 unter dem*

*Produkt 12600100 – Brandschutz  
Sachkonto 52510000 – Haltung von Fahrzeugen zu.*

*Die Deckung erfolgt aus*

- Produkt 12600100 – Brandschutz*
- Sachkonto 45420000 – Erträge aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen von mehr als 1000 Euro ohne Umsatzsteuer*
- Betrag 31.997,00 €*

*sowie*

- Produkt 12600100 – Brandschutz*
- Sachkonto 45430000 – Erträge aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen von mehr als 150 bis 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer*
- Betrag 3.050,00 €*

*und*

- Produkt 36510100 – Tageseinrichtungen für Kinder*
- Sachkonto 50120000 – Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer*
- Betrag 12.653,00 €.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 25  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenthaltungen = 0

**Beschluss-Nr.: 11-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 11-30/22** registriert.

**TOP 7.13 Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA in Höhe von 96.800,00 € für Bauleistungen einer Trinkwasserleitung im Europa-Rosarium  
Vorlage: BV/478/2022**

*Begründung: Frau Diebes*

**Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 7 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

**Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 7 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

**Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 8 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

**Beschlusstext:**

*Der Stadtrat stimmt den außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 96.800,00 € für Bauleistungen einer Trinkwasserleitung im Europa-Rosarium im*

- *Produkt 25320100 – Europa-Rosarium*
- *Sachkonto 09620000 – Anlagen im Bau: Tiefbaumaßnahmen*
- *Maßnahmenummer 253201M00019 zu.*

*Die Deckung erfolgt aus*

- *Produkt 54100100 – Gemeindestraßen und Verkehrsanlagen*
- *Sachkonto 09620000 – Anlagen im Bau: Tiefbaumaßnahmen*
- *Maßnahmenummer 541001M00045.*

**Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 24  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 1

**Beschluss-Nr.: 12-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 12-30/22** registriert.

*Herr Kotzur kommt zurück zur Sitzung 19:36 Uhr = 26 Anwesende  
Herr Schmidt kommt zurück zur Sitzung 19:37 Uhr = 27 Anwesende  
Herr Strauß und Herr Windolph verlassen den Raum 19:37 Uhr = 25 Anwesende*

**TOP 7.14 Beschluss über die Bestätigung des Jahresabschlusses der Stadt Sangerhausen zum 31.12.2018 und die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2018  
Vorlage: BV/494/2022**

*Begründung: Herr Schuster*

Mit dem Jahresabschluss 2018 beläuft sich die Bilanzsumme auf rd. 216 Mio. €. Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen mit rd. 166 Mio. € die größte Position. Auf der Passivseite sind die Sonderposten – also die Fördermittel - die größte Position mit rd. 85 Mio. €.

In der Haushaltsdurchführung schloss die Ergebnisrechnung mit einem Überschuss von rd. 1,9 Mio. € ab. Geplant war ein Überschuss von rd. 400 T€. Die Finanzrechnung schloss im Ergebnis mit einem Defizit von rd. 130 T€ ab. Geplant war ein Defizit von rd. 882 T€.

Die im Jahr 2018 erhaltene Investitionspauschale von rd. 1 Mio. € wurde für 71 Maßnahmen zur Finanzierung eingesetzt.

Im Ergebnis der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt wurde im Oktober 2022 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Mit Beschlussfassung ist es uns möglich, den nächsten Antrag auf Bedarfszuweisung für den Fehlbetrag aus 2016 zu stellen. In Summe werden rd. 2,3 Mio. € beantragt.

Wir empfehlen Ihnen daher den Jahresabschluss 2018 zu beschließen und dem Oberbürgermeister die Entlastung zu erteilen.

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte mit 8 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

#### **Beschlusstext:**

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen bestätigt den beigefügten Jahresabschluss zum 31.12.2018 der Stadt Sangerhausen und erteilt dem Oberbürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018.

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

#### **Beschluss-Nr.: 13-30/22**

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 13-30/22** registriert.

#### **TOP 8 Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**

##### **TOP 8.1 Beteiligungsbericht 2022 über das Geschäftsjahr 2021 der kommunalen Unternehmen Vorlage: IV/044/2022**

- Wurde zur Kenntnis genommen

Herr Skrypek beendete um 19:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

#### **TOP 11 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Skrypek stellte um 20:07 Uhr die Öffentlichkeit wieder her. Er wurden im nicht öffentlichen Teil der Sitzung keine Beschlüsse gefasst.

Um 20:08 Uhr beendete der Stadtratsvorsitzende *Herr Skrypek* die Sitzung und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen der Stadträte/-innen.

gez. Madeleine Schneegaß  
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek  
Vorsitzender